



# Was hält Europa zusammen? Die EU nach dem Brexit

Eine repräsentative Acht-Länder-Studie  
der Friedrich-Ebert-Stiftung,  
durchgeführt von policy matters

politik für europa  
**#2017 plus**

**FRIEDRICH  
EBERT**   
**STIFTUNG**

## politik für europa #2017 plus

EIN PROJEKT DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG  
IN DEN JAHREN 2015 BIS 2017

Europa braucht Soziale Demokratie!

Warum wollen wir eigentlich Europa? Können wir den Bürger\_innen die Chancen einer gemeinsamen sozialen Politik, einer starken Sozialen Demokratie in Europa aufzeigen? Das ist das Ziel des neuen Projekts der Friedrich-Ebert-Stiftung »Politik für Europa«. Zu zeigen, dass die europäische Integration demokratisch, wirtschaftlich-sozial und außenpolitisch zuverlässig gestaltet werden kann. Und muss!

Und muss!

Folgende Themenbereiche stehen dabei im Mittelpunkt:

- Demokratisches Europa
- Wirtschafts- und Sozialpolitik in Europa
- Außen- und Sicherheitspolitik in Europa

In zahlreichen Veröffentlichungen und Veranstaltungen in den Jahren 2015 bis 2017 wird sich die Stiftung dem Thema kontinuierlich widmen: Wir setzen bei den Sorgen der Bürger\_innen an, identifizieren mit Entscheidungsträger\_innen Positionen und machen alternative Politikansätze transparent. Wir debattieren mit Ihnen über eine »Politik für Europa«!

Weitere Informationen zum Projekt erhalten Sie hier:

<http://www.fes.de/de/politik-fuer-europa-2017plus/>

### Die Friedrich-Ebert-Stiftung

Die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) wurde 1925 gegründet und ist die traditionsreichste politische Stiftung Deutschlands. Dem Vermächtnis ihres Namensgebers ist sie bis heute verpflichtet und setzt sich für die Grundwerte der Sozialen Demokratie ein: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Ideell ist sie der Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften verbunden.

Die FES fördert die Soziale Demokratie vor allem durch

- Politische Bildungsarbeit zur Stärkung der Zivilgesellschaft
- Politikberatung
- Internationale Zusammenarbeit mit Auslandsbüros in über 100 Ländern
- Begabtenförderung
- das kollektive Gedächtnis der Sozialen Demokratie mit u. a. Archiv und Bibliothek.

### Über den Autor dieser Ausgabe

**Richard Hilmer** ist Geschäftsführer und Gründer von policy matters – Gesellschaft für Politikforschung und Politikberatung mbH – und ist einer der renommiertesten Meinungsforscher Deutschlands.

### Für diese Publikation ist in der FES verantwortlich

**Dr. Michael Bröning**, Referatsleiter Internationale Politikanalyse

Redaktion: Arne Schildberg, Referent für Europapolitik

Redaktionsassistentin: Sabine Dörfler

## **INHALT**

|    |  |
|----|--|
| 2  | <b>In Kürze</b>  |
| 3  | <b>Vorbemerkung</b>  |
| 3  | <b>Anlage der Studie</b>   |
| 4  | <b>1 Die Einstellung zur EU nach dem Brexit</b>                                    |
| 5  | <b>2 Grundhaltung zur EU</b>   |
| 10 | <b>3 Wichtigste Aufgaben der EU</b>  |
| 13 | <b>4 Akzeptanz integrationsfördernder Maßnahmen</b>                                |
| 14 | <b>5 Nationale oder europäische Zuständigkeit</b>                                  |
| 17 | <b>6 Akzeptanz von Regeln der EU</b>   |
| 18 | <b>7 Vertrauen in Mitgliedstaaten</b>  |
| 19 | <b>8 Vertrauen in die Parteien, die Interessen des eigenen Landes zu vertreten</b> |
| 20 | <b>9 Rechtspopulistische Tendenzen in Europa</b>                                   |
| 22 | <b>Fazit</b>   |
| 23 | <b>Literaturverzeichnis</b>  |



## IN KÜRZE

- Dem vorliegenden Bericht liegen Befunde aus einer repräsentativen Acht-Länder-Studie zugrunde, die policy matters im Mai/Juni 2017 im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung durchführte.

In dieser Studie wurden im Rahmen einer zufalls-gestützten Auswahl Wahlberechtigte in Deutschland, Frankreich, Italien, den Niederlanden, Spanien, Schweden sowie in der Tschechischen und Slowakischen Republik zu ihren Wahrnehmungen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Erwartungen an die EU befragt.

- Die Entscheidung der Briten, die Europäische Union zu verlassen, trägt offenbar zur Stärkung des Zusammenhalts der verbleibenden Partner bei. Sechs von zehn Befragten sprechen sich länderübergreifend für eine Verstärkung der Zusammenarbeit der EU-Staaten aus, in Deutschland votieren sogar acht von zehn dafür. Ein Vergleich der Studienergebnisse mit den Befunden einer 2015 durchgeführten Befragung zeigt darüber hinaus, dass mit dem Brexit offenbar die Sensibilität für die Vorzüge der EU deutlich zugenommen hat. Gestiegen ist in allen acht Ländern die Zahl derer, die davon überzeugt sind, dass die EU-Mitgliedschaft für das eigene Land mit Vorteilen verbunden ist. In Deutschland zeigen sich heute zwei von drei Befragten davon überzeugt, vor zwei Jahren teilte nur jeder Dritte diese Überzeugung. Mit der EU verbinden die Bürgerinnen und Bürger heute – anders als noch 2015 – wieder mehrheitlich die Begriffe »Chancen« statt »Risiken« sowie »steigender Wohlstand« statt »sinkender Wohlstand«.
- Der bevorstehende Ausstieg der Briten aus der EU löst zwar Sorge, aber keine Panik aus. Eine relative Mehrheit der Befragten erwartet davon keine negativen Auswirkungen oder sogar eine Stärkung der EU.
- Zur Verbesserung der europäischen Integration finden eher restriktive Maßnahmen die höchste Zustimmung – etwa die bessere Sicherung der Außengrenzen sowie eine stärkere Kontrolle der Haushaltsdisziplin in den Mitgliedsländern. Mehrheitlich befürwortet werden aber auch eine Ausweitung der Verteidigungsfähigkeit der EU sowie eine Wachstumsoffensive für Süd- und Osteuropa. Letzteres trifft auch in den künftig dann wahrscheinlichen »Geberländern« Deutschland, Frankreich und Schweden auf mehrheitliche Zustimmung und einzig in den Niederlanden eher auf Ablehnung. Strittig bleibt aber die Übertragung des Solidaritätsprinzips auf die zwischenstaatliche Ebene im Sinne einer finanziellen Unterstützung ärmerer durch wohlhabende Länder.
- Gestiegen ist in allen Ländern die Bereitschaft, Zuständigkeiten von der nationalen auf die europäische Ebene zu verlagern. Eine Kompetenzverlagerung in Richtung EU wird vor allem in der Außen- und Sicherheitspolitik, bei der Festlegung von Steuersätzen für international tätige Unternehmen sowie beim Datenschutz befürwortet. Auch die zuletzt umstrittenen Verhandlungen der Handelsbeziehungen mit den USA sollten nach mehrheitlicher Meinung weiter in der Verantwortung der Kommission verbleiben. Heftig umstritten bleibt die Zuständigkeit für die Regelung der Aufnahme und Verteilung von Flüchtlingen. Während

sich die Bürgerinnen und Bürger Deutschlands und Italiens, den von der Zuwanderung am stärksten betroffenen Ländern, deutlich für eine europäische Lösung aussprechen, votieren die Visegrád-Staaten Slowakei und Tschechien ebenso vehement für eine nationale Zuständigkeit.

- Die Zustimmung zur Kompetenzerweiterung der EU hat jedoch auch Grenzen. Weitgehend einig sind sich die Bürgerinnen und Bürger darin, dass die Haushaltspolitik sowie die Arbeitsmarkt- und Rentenpolitik in der Verantwortung der jeweiligen Regierungen verbleiben sollten. Auch wird ein doppeltes generelles Vetorecht gegen EU-Beschlüsse für sinnvoll erachtet: seitens der nationalen Parlamente sowie für die Bürgerinnen und Bürger durch Einführung von Volksabstimmungen zu grundlegenden Entscheidungen.
- Dazu gehört sicherlich die Flüchtlingsfrage, die zwar seit Herbst 2015 etwas an Brisanz verloren hat, deren Klärung die Bürgerinnen und Bürger aller acht Staaten aber weiterhin als die mit Abstand wichtigste Aufgabe der EU betrachten. Es folgen die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, der Kampf gegen den Terrorismus und die Stärkung der Wirtschaft. Ein interessantes Detailergebnis aus Deutschland: Hier – und nur hier – wird auch die Stärkung des Zusammenhaltes in der EU als eine der vordringlichsten Aufgaben der EU benannt.
- Der Zusammenhalt innerhalb der EU baut nicht zuletzt auf einem Vertrauensverhältnis der EU-Mitgliedstaaten untereinander auf. In den Bevölkerungen der acht Erhebungsländer ist das Vertrauen in die beiden Führungs-nationen Deutschland und Frankreich ziemlich groß, das in Frankreich gegenüber 2015 sogar deutlich gestiegen. Vor allem die Franzosen setzen nach der Wahl von Emmanuel Macron zum Staatspräsidenten wieder mehr Vertrauen in ihr Land.
- Es bestehen aber weiterhin ausgeprägte Vertrauensdefizite zwischen einzelnen Mitgliedsländern wie etwa die Beispiele Italien und Polen zeigen. Das Verhältnis zu Italien hat sich zwar gegenüber 2015 spürbar verbessert, nach wie vor überwiegt aber bei einer Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger der sieben anderen Länder die Distanz zur italienischen Republik. Dies gilt stärker noch für Polen, dessen aktueller Politik selbst die Bevölkerungen der Visegrád-Partner Tschechien und Slowakei mehrheitlich sehr reserviert gegenüberstehen.
- Die Rolle, die das eigene Land innerhalb der EU spielt, wird sehr unterschiedlich bewertet. Während die Bevölkerungen der Slowakei, Tschechiens sowie vor allem Italiens wenig Zutrauen in ihre Länder haben, sehen die Bürgerinnen und Bürger in den übrigen fünf Ländern die Rolle ihrer Länder ausgesprochen positiv. Das weitaus größte Selbstvertrauen zeigen die Deutschen, deren Land sich aufgrund seiner starken Wirtschaft mit steigenden Erwartungen der Partnerländer konfrontiert sieht. Seine Rolle scheint Deutschland aus Sicht der Befragten hervorragend zu erfüllen, denn neun von zehn Bürgerinnen und Bürgern geben an, sehr großes oder großes Vertrauen in das eigene Land zu haben.

## VORBEMERKUNG

Die Europäische Union war für ihre Mitgliedstaaten immer ein Garant für Frieden, Demokratie und Wohlstand. Entsprechend groß ist auch ihre Attraktivität: Aus der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) der sechs Gründungsmitglieder wurde eine EU, die seit dem Beitritt Kroatiens im Jahre 2013 aktuell 28 Mitgliedsländer umfasst. Sieben weitere Länder stehen in konkreten Beitrittsverhandlungen mit der EU, darunter eine Reihe von Balkanstaaten und die Türkei. Bei drei ehemaligen Mitgliedern der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS-Staaten), darunter die Ukraine, laufen Assoziierungsabkommen.

Die letzten zehn Jahre waren allerdings weniger von Erfolgen als von Krisen gekennzeichnet: Finanz-, Wirtschafts-, Euro-, Ukraine- und Flüchtlingskrise. Einen gewissen Höhepunkt dieses »grausamen Jahrzehnts für Europa« – wie es der neue französische Präsident Emmanuel Macron formulierte – bildete der per Volksabstimmung getroffene Beschluss Großbritanniens, die EU zu verlassen. Ein solcher Austritt ist nicht nur ein Novum in der Geschichte der EU, die sich bis dato nur mit Gesuchen neuer beitriftwilliger Länder auseinandersetzen hatte. Der Brexit stellt auch eine Zäsur in der Geschichte der EU dar, und er stellt vor allem die verbleibenden Mitglieder vor neue Herausforderungen. Mit Großbritannien verlässt das drittgrößte Mitgliedsland und der zweitgrößte Beitragszahler die EU, was eine Reihe ernst zu nehmender budgetärer Probleme aufwirft. Und mit der Atommacht Großbritannien verliert die EU auch einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat und damit erheblich an Einfluss in der Welt. Mit dem Ausstieg der Briten stellt sich nicht zuletzt die Frage nach dem Sinn der europäischen Integration völlig neu. Denn vor lauter Krisenbewältigung sei – nach Ansicht des französischen Präsidenten Macron – das Ziel und die Grundorientierung des europäischen Einigungsprozesses etwas aus dem Auge verloren worden.

Die Vorbereitungen der Austrittsverhandlungen mit den Briten lassen allerdings auch schon einen neuen Geist der Zusammengehörigkeit unter den verbleibenden Mitgliedstaaten erkennen. Bleibt die Frage, inwieweit sie dabei aber mit der Unterstützung ihrer jeweiligen Bevölkerung rechnen können. Diese Frage hat schon deshalb zentrale Bedeutung, weil es ja die britischen Bürgerinnen und Bürger waren, die für den Austritt aus der EU votierten. Eine knappe Mehrheit brachte damit ihre Überzeugung zum Ausdruck, dass die EU-Mitgliedschaft für Großbritannien mehr Nachteile als Vorteile mit sich bringe. Das Ergebnis war nicht zuletzt ein Votum gegen Grundprinzipien der EU wie die Arbeitnehmerfreizügigkeit und ein Votum für die Rückgewinnung nationaler Kontrolle, vor allem die über die nationalen Grenzen, um Zuwanderung besser und eigenständig steuern zu können.

Diese Themen spielten in der jüngsten Vergangenheit auch in anderen EU-Ländern eine dominierende Rolle, wie eine im Herbst 2015 in acht EU-Ländern durchgeführte repräsentative Befragung im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung belegte. Es lag deshalb nahe, diese Studie zu wiederholen, um festzustellen, wie denn die Bürgerinnen und Bürger in anderen EU-Staaten auf den Austritt Großbritanniens reagieren. Um Veränderungen direkt nachzeichnen zu können, wurden eine Reihe der in der ersten Studie gestellten zentralen Fragen

zur EU wortgleich wiederholt. Darüber hinaus wurden neue Fragen aufgenommen, um festzustellen, ob der Brexit für die europäische Integration eher eine Belastung darstelle oder ob er möglicherweise sogar dazu beitrage, das Ansehen der EU zu verbessern und den Integrationswillen zu stärken.

In dem vorliegenden Bericht werden die wichtigsten Ergebnisse der Studie vorgestellt. Breiten Raum nehmen dabei Vergleiche mit den Befunden der Vorgängerstudie ein.

## ANLAGE DER STUDIE

Die Anlage der Erhebung ist identisch mit der Anlage ihrer Vorgängerstudie. Die Befragungen wurden wie schon 2015 in den vier Gründungsstaaten Deutschland, Frankreich, Italien und den Niederlanden durchgeführt sowie in den später beigetretenen Ländern Spanien, Schweden, Tschechien und der Slowakei. In den letztgenannten beiden Ländern wurden jeweils gut 500 Interviews durchgeführt, in den übrigen sechs jeweils gut 1 000 Interviews. Zielgruppe der Erhebungen waren jeweils die Wahlberechtigten in diesen acht Ländern.

Die Interviews wurden als computergestützte Telefoninterviews (Computer Assisted Telephone Interviews/CATI) realisiert. Die Auswahl der Telefonnummern erfolgte per Zufall nach dem Random-Digit-Dialing-Verfahren. Bei diesem Verfahren werden die letzten beiden Ziffern der Telefonnummer zufallsgeneriert, so dass auch Haushalte ohne Eintrag in die öffentlichen Telefonverzeichnisse bei der Befragung repräsentativ abgebildet werden. Im zweiten Schritt erfolgte die Auswahl der Befragungsperson im jeweiligen Haushalt auf der Basis der sogenannten Last-Birthday-Auswahl.

Bei der Auswahl der Telefonnummern wurden neben Festnetz-Nummern in einem festgelegten Verhältnis zusätzlich Handynummern berücksichtigt (Dual-Frame-Ansatz), um auch Personen ohne Festnetzanschluss in die Stichprobe einbeziehen zu können. Dies gewährleistet eine ausreichende Berücksichtigung auch junger mobiler Bevölkerungsgruppen. Für fünf der acht Länder wurden 70 Prozent der Interviews über Festnetznummern und 30 Prozent über Handynummern realisiert, in Frankreich, Italien und Spanien wurden – aufgrund der größeren Handyverbreitung – 40 Prozent der Interviews über Handynummern durchgeführt.

Um Ergebnisverzerrungen durch telefonisch nicht erreichte Haushalte auszugleichen, wurden die Ergebnisse abschließend soziodemografisch nach Alter, Geschlecht und Region gewichtet. Diese Gewichtung erfolgte auf der Basis der Daten der aktuellen amtlichen Statistik des jeweiligen Landes.

Die Interviews der ersten Studie fanden von Anfang September bis 12. Dezember 2015 statt, die Befragungen der vorliegenden zweiten Studie fanden in Deutschland zwischen dem 5. und dem 22. Mai, in den übrigen Ländern im Zeitraum vom 17. Mai bis 10. Juni 2017 statt – also nach der zweiten Runde der französischen Präsidentschaftswahl.

# 1 DIE EINSTELLUNG ZUR EU NACH DEM BREXIT

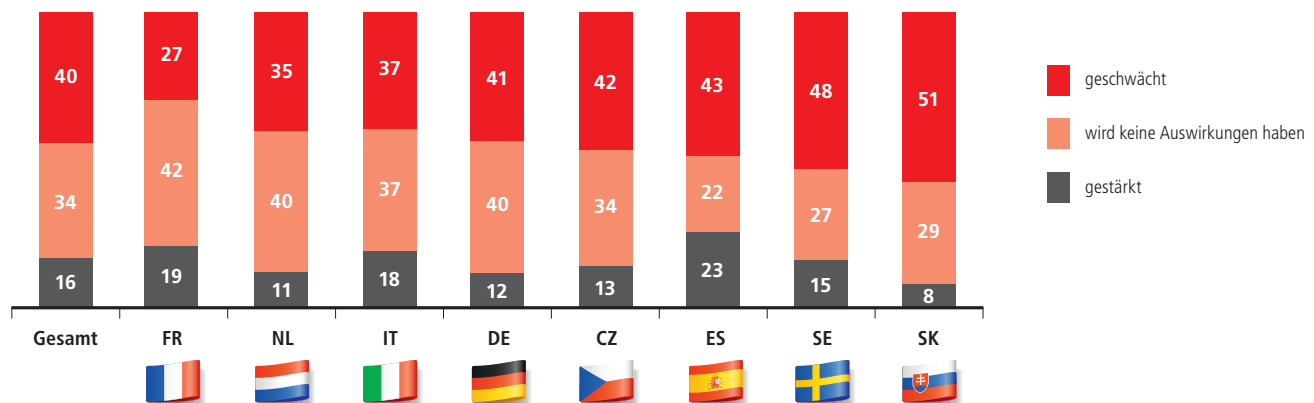
Der Beitritt Großbritanniens zur EU war mit Hindernissen gepflastert. Das erste Beitritts-gesuch wurde 1963 auf Betreiben Frankreichs abgelehnt. Als 1973 der Beitritt von dem konservativen Premier Edward Heath erfolgreich verhandelt und ratifiziert wurde, folgten schon 1975 nach der Regierungsübernahme durch Labour Nachverhandlungen mit dem Ergebnis der Reduzierung der Beitragszahlungen. In den nunmehr 45 Jahren ihrer EU-Zugehörigkeit blieben die Briten ein bisweilen unbequemer Partner. Viele verbinden diese Mitgliedschaft bis heute mit dem legendären, an die übrigen EU-Mitgliedsländer gerichtete Forderung der britischen Premierministerin Margaret Thatcher »I want my money back«.

Insofern mag es nicht überraschen, dass manch ein EU-Bürger den Austritt Großbritanniens aus der Gemeinschaft

man allerdings diejenigen dazu, die keinerlei nennenswerte Auswirkungen erwarten (40 Prozent), fällt die Reaktion in Deutschland mit 52 Prozent, die keine Nachteile erwarten, vergleichsweise zuversichtlich aus. Bemerkenswert abgeklärt reagieren auch die Niederländer auf den avisierten Ausstieg der Briten, traditionell enger Verbündeter und »Partner im liberalen Geiste« der Niederlande. Auch hier überwiegt vorsichtige Zuversicht, dass die Folgen des Austritts sich in Grenzen halten (40 Prozent) oder der EU sogar zum Vorteil gereichen (elf Prozent).

In allen acht Ländern legen die Bürgerinnen und Bürger eine bemerkenswerte Gelassenheit an den Tag: Zwar sehen vier von zehn Befragten in dem Ausstieg der Briten eine Schwächung der EU, aber jeder Zweite schätzt die Auswirkungen als eher gering ein (34 Prozent) oder erhofft sich sogar eine Stärkung der EU (16 Prozent), jeder Zehnte vermag dies nicht zu beurteilen. (Siehe Abb. 1)

Abbildung 1  
Die EU nach dem »Brexit«  
Stärkung oder Schwächung?



**Frage:** Die Briten haben ja entschieden, aus der EU auszuscheiden. Was meinen Sie: Wird die EU durch den Austritt Großbritanniens eher geschwächt oder gestärkt oder wird das keine nennenswerten Auswirkungen haben?

Angaben in Prozent | Fehlende Werte zu 100 Prozent entsprechen der Kategorie »weiß nicht/keine Angabe«  
Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in den einzelnen Ländern

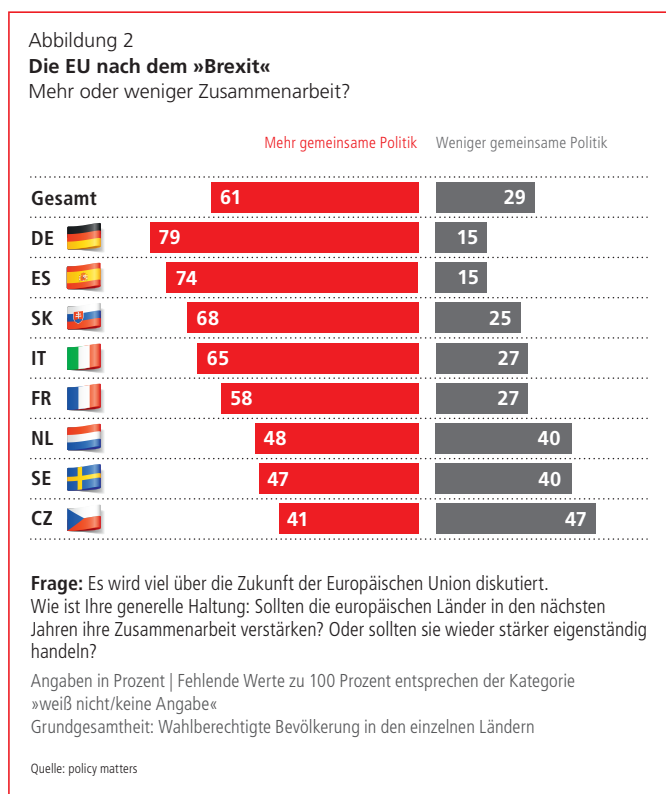
Quelle: policy matters

erleichtert zur Kenntnis nimmt, ja ihn sogar als Stärkung der EU begreift. Diese optimistische Sichtweise ist insbesondere in den Südländern Spanien (23 Prozent), Frankreich (19 Prozent) und Italien (18 Prozent) verbreitet. Diese Länder, die ihre nach wie vor vorhandenen wirtschaftlichen Probleme durch staatliche Investitionen oder Subventionen zu beheben versuchen, wurden immer wieder zur Einhaltung der Verschuldungsgrenze gedrängt – nicht nur, aber vergleichsweise unnachgiebig von Großbritannien. Aber auch in diesen – wie in den übrigen fünf – Ländern überwiegt die Sorge, dass der Austritt des Vereinigten Königreiches die Gemeinschaft eher schwächen werde. Diese eher pessimistische – und wohl auch realistische – Einschätzung teilen vor allem Bürgerinnen und Bürger der Slowakei (51 Prozent) und Schwedens (48 Prozent). Die Deutschen nehmen dabei eine mittlere Position ein: 41 Prozent verbinden mit dem Brexit eher Nachteile, nur eine Minderheit von zwölf Prozent erhofft sich Vorteile. Nimmt

Die EU sieht sich neben dem Brexit mit weiteren, teils länger bekannten, teils neuen Herausforderungen konfrontiert. Zu Letzteren gehört die Neupositionierung der USA unter Donald Trump. Seine zentrale Devise »America first« hat ganz unmittelbare Auswirkungen auf die europäischen Staaten, etwa im Hinblick auf die Handelsbeziehungen, den Klimaschutz oder die Rolle der NATO. Auch im Umgang der USA mit den Krisen, die für Europa ganz entscheidende Konsequenzen haben, sind zuletzt grundlegende Unsicherheiten bezüglich des Verhaltens der USA deutlich geworden.

EU-Kommission und EU-Parlament reagieren darauf mit der Aufforderung an die Mitgliedsländer, mehr Zusammenhalt zu zeigen. Einige Länder, darunter vor allem die beiden Führungsnationen Frankreich und Deutschland, folgen diesem Aufruf und begegnen diesen neuen, aus dem Verhalten der USA resultierenden Unsicherheiten mit einem stärkeren Bekenntnis zur EU. Sie haben dabei ihre jeweilige Bevölke-

rung weitgehend auf ihrer Seite: Acht von zehn Deutschen und sechs von zehn Franzosen plädieren für eine Verstärkung der Zusammenarbeit der EU-Länder. (Siehe Abb. 2) Nur jeweils eine Minderheit bevorzugt eine Rückkehr zu stärker eigenständigem nationalem Handeln, wobei diese Minderheit in Frankreich mit 27 Prozent deutlich größer ausfällt als in Deutschland (15 Prozent). In beiden Ländern herrscht ein großer parteiübergreifender Konsens darüber, dass mehr Zusammenarbeit wünschenswert sei – mit jeweils einer Ausnahme: In der Wählerschaft des Front National (FN) und in der der Alternative für Deutschland (AfD) präferieren klare Mehrheiten eine Rückwendung zu mehr Nationalstaatlichkeit.



Die große Bereitschaft der Franzosen und Deutschen zu mehr Zusammenarbeit teilen auch klare Mehrheiten in Spanien, Italien und der Slowakei. In den Niederlanden und in Schweden fällt die Unterstützung dafür schon deutlich verhaltener aus. Vergleichsweise zurückhaltend ist die Bereitschaft in Tschechien, dessen Bevölkerung sich schon in der Vorgängerstudie als ausgesprochen EU-distanziert erwies. Auch jetzt sprechen sich mehr Tschechen für eine stärkere Betonung der nationalen Eigenständigkeit als für ein Mehr an Zusammenarbeit aus (47 : 40 Prozent). Insgesamt bleibt aber festzuhalten: Nach dem Brexit ist die Bereitschaft zu einer engeren Zusammenarbeit über alle acht Länder betrachtet sehr groß (61 Prozent). In den parallel zu der Repräsentativbefragung in Deutschland durchgeführten Gruppendiskussionen wurde sehr deutlich, dass gerade der Austritt Großbritanniens vielen Bürgerinnen und Bürgern erst vor Augen führt, wie wichtig die EU für das eigene Land ist, für die exportorientierte Wirtschaft und für die Bewältigung aktueller Krisen, die auch ein wirtschaftlich noch so starkes Deutschland nicht alleine bewältigen kann.

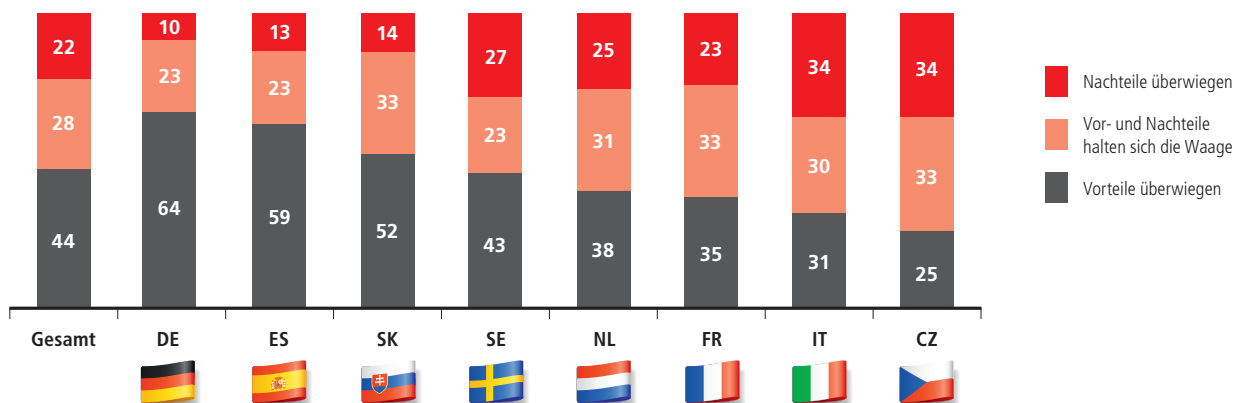
## 2 GRUNDHALTUNG ZUR EU

Im Herbst 2015, zu Beginn des großen Flüchtlingsstroms über den Balkan, herrschte eine recht skeptische Grundhaltung gegenüber der EU: Nur ein gutes Viertel (28 Prozent) der Bürgerinnen und Bürger in den acht Erhebungsländern mochte in der Mitgliedschaft seines Landes einen Vorteil sehen. Ein Drittel verband damit eher Nachteile – möglicherweise ein Resultat des in Zeiten großer Flüchtlingsströme wahrgenommen Kontrollverlustes über die eigenen Grenzen – in Großbritannien ein nicht unwesentlicher Grund für die wachsende Distanz zur EU. Ein weiteres Drittel vertrat die Ansicht, Vor- und Nachteile hielten sich die Waage. Die Haltung in den einzelnen Ländern unterschied sich allerdings erheblich. In fünf Ländern – Frankreich, Niederlande, Italien, Schweden und Tschechien – ging eine Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger davon aus, dass die EU-Mitgliedschaft ihres Landes eher mit Nachteilen verbunden sei. Besonders extrem fiel die skeptische Einschätzung mit 44 Prozent wiederum in Tschechien aus, nur 13 Prozent vertraten dagegen die Ansicht, die Vorteile überwögen. Im einstigen Bruderland Slowakei hielten sich positive und negative Einschätzungen der EU-Mitgliedschaft die Waage. Einzig in der Haltung der Deutschen und der Spanier gegenüber der EU überwogen seinerzeit die optimistischen die pessimistischen Einschätzungen, in Deutschland eher verhalten (34 : 25 Prozent), in Spanien vergleichsweise deutlich (44 : 22 Prozent).

Im Frühjahr 2017, nur eineinhalb Jahre später, ergibt sich ein völlig verändertes Bild: Die EU-Mitgliedschaft des eigenen Landes wird deutlich positiver bewertet als noch vor eineinhalb Jahren. Über alle Länder gesehen erhöht sich der Anteil derer, die in der EU-Mitgliedschaft eher Vorteile sehen, von 28 auf 44 Prozent, Nachteile befürchteten nur noch 22 Prozent (2015: 34 Prozent). Es dürfte nicht nur einen zeitlichen, sondern auch einen ursächlichen Zusammenhang geben zwischen diesem Stimmungsumschwung und dem Brexit. Bis vor kurzem erschien der begehrte Zugang zur EU als eine Mitgliedschaft ohne Ausstiegsoption. Nun hat erstmals ein Land überraschend die Ausstiegsoption gewählt, dadurch wird die Mitgliedschaft prekär. Dies nicht zuletzt, weil in einer Reihe von Mitgliedsländern vorwiegend rechte Parteien den Austritt ihres Landes thematisieren oder sogar explizit einfordern. Diese Diskussionen und der Brexit haben offenbar eine stärkere Auseinandersetzung mit der Frage der Vor- und Nachteile einer Mitgliedschaft in der EU zur Folge. Das Ergebnis fällt erfreulich positiv aus.

In allen acht Ländern ist ein signifikanter Anstieg der Zahl der Bürgerinnen und Bürger zu verzeichnen, die in der Mitgliedschaft ihres Landes einen Vorteil sehen. Heute sehen diese in sechs der acht Erhebungsländer eher Vorteile als Nachteile in der Mitgliedschaft; 2015 war dies nur in drei Ländern der Fall. Die Einschätzungen in den einzelnen Ländern unterscheiden sich aber noch erheblich. Zu dem positivsten Ergebnis der Nutzenabwägung gelangen die Deutschen: Hier verdoppelt sich fast der Anteil der Optimisten von 34 auf 64 Prozent, der Anteil der Skeptiker marginalisiert sich von 25 auf zehn Prozent. Dieser in seinem Ausmaß bemerkenswerte Stimmungsumschwung zugunsten der Europäischen Union findet in allen Regionen und in allen Bevölkerungsgruppen statt. Selbst bei den traditionell eher EU-kritischen Anhängern

Abbildung 3  
**Grundhaltung zur EU**  
 Vorteile/Nachteile der EU-Mitgliedschaft des eigenen Landes



**Frage:** Wenn Sie an die Mitgliedschaft Ihres Landes in der EU denken, überwiegen da aus Ihrer Sicht die Vorteile oder überwiegen da die Nachteile oder halten sich Vor- und Nachteile die Waage?

Angaben in Prozent | Fehlende Werte zu 100 Prozent entsprechen der Kategorie »weiß nicht/keine Angabe«  
 Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in den einzelnen Ländern

Quelle: policy matters

der Linkspartei überwiegt heute deutlich eine positive Grundhaltung zur EU (67 : 11 Prozent). Einzig eine Gruppe verharrt in Distanz zur Europäischen Gemeinschaft: AfD-Wählerinnen und -Wähler sind wie schon 2015 mehrheitlich (52 Prozent) der Überzeugung, die EU-Mitgliedschaft sei eher ein Schaden denn ein Nutzen für Deutschland.

Eine vergleichbar positive Entwicklung ist in der Slowakei zu verzeichnen. Auch hier verdoppelt sich der Anteil der Befürworter einer Mitgliedschaft von 26 auf 52 Prozent, der der Skeptiker sinkt zudem von 28 auf 14 Prozent. Noch positiver fällt das Urteil in Spanien aus, wo sechs von zehn Bürgerinnen und Bürger die Ansicht vertreten, der Nutzen der EU-Mitgliedschaft übertreffe deren Nachteile. Deutlich größere Vor- als Nachteile einer EU-Mitgliedschaft ihrer jeweiligen Länder nehmen heute auch die Bürgerinnen und Bürger in Schweden, Holland und Frankreich wahr. (Siehe Abb. 3)

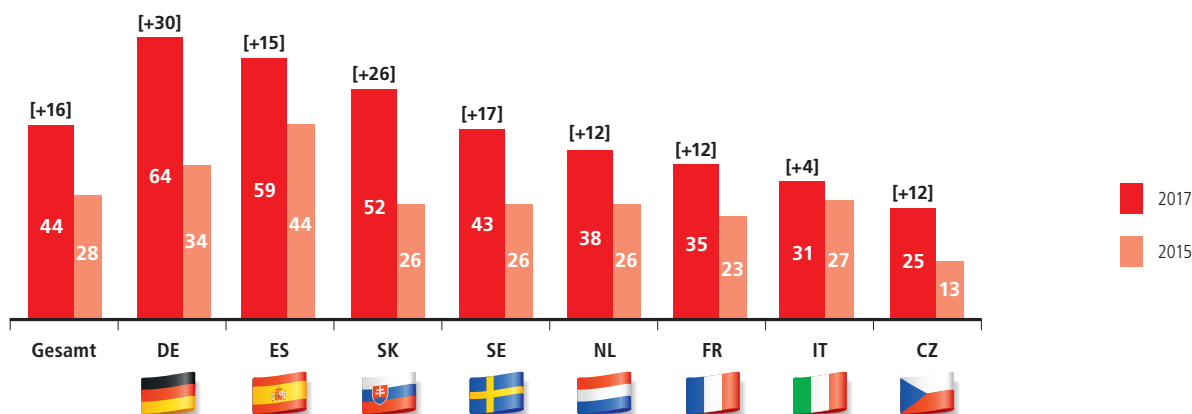
Erkennbare Zweifel bleiben in Italien bestehen, das sich über Jahrzehnte durch eine ausgeprägt pro-europäische Haltung auszeichnete. In dem von wirtschaftlichen Problemen geplagten Land sehen die Bürgerinnen und Bürger in gleichem Maße Vor- oder Nachteile in der EU-Mitgliedschaft ihres Landes, eine gegenüber dem Herbst 2015 kaum veränderte Grundstimmung. Tatsächlich ist Italien derzeit das EU-Land, in dem mit Abstand am meisten Flüchtlinge ankommen und das infolgedessen am meisten mit den negativen Folgen des Schengen- und Dublin-Abkommens zu kämpfen hat. Der aktuelle Zweifel am Nutzwert der Mitgliedschaft bedeutet aber keinen grundsätzlichen Zweifel an der EU-Mitgliedschaft als solcher, denn zwei Drittel der Italiener votieren gleichzeitig für eine Verstärkung der Vergemeinschaftung. Als eher nachteilig erfahren heute einzig die Tschechen die EU-Mitgliedschaft ihres Landes. Aber selbst in diesem traditionell der EU gegenüber etwas distanzierterem Land ist eine leicht verbesserte Sicht zu verzeichnen: Der Anteil derer, die zu einem positiven Fazit gelangen, verdoppelt sich von 13 auf 25 Prozent.

Der EU hat verbreitet das Image, ein Elitenprojekt zu sein, von dem die Unterschichten wenig profitieren, mit der Folge, dass diese deshalb dem Vereinigungsprozess indifferent bis ablehnend gegenüberstehen. Die vorliegenden Befunde bestätigen prinzipiell diese schichtspezifische Diskrepanz: Personen, die sich eher der Oberschicht zugehörig fühlen, sind deutlich EU-affiner als Angehörige der unteren Gesellschaftsschichten. Sie sehen in weit stärkerem Maße Vorteile in der EU-Mitgliedschaft ihres Landes und sie sprechen sich auch stärker für eine Intensivierung der Zusammenarbeit aus. Diese schichtenspezifische Diskrepanz zeigte sich bereits in der ersten Studie, es gibt jedoch einige Anhaltspunkte, dass sich diese gegensätzlichen Einschätzungen der EU in Unter- und Oberschicht etwas abschleifen. Dafür spricht, dass sich die Grundhaltung gegenüber der EU seit 2015 nicht nur in den oberen Schichten aller acht Länder, sondern auch in den unteren Schichten zum Positiven verändert. In manchen Ländern, etwa in Deutschland und Frankreich, ist der Imagegewinn in den unteren Schichten stärker ausgeprägt als in den bessergestellten gesellschaftlichen Gruppen – in Deutschland zeigt sich heute sogar eine Mehrheit der Unterprivilegierten (54 Prozent) von der Vorteilhaftigkeit der EU-Mitgliedschaft Deutschlands überzeugt. Und in fast allen Ländern – die Ausnahme bildet Tschechien – sprechen sich auch Angehörige der Unterschicht mehrheitlich für eine stärkere Zusammenarbeit und gegen einen Rückfall in Nationalismen aus. Es besteht Hoffnung, dass das Projekt der Europäischen Vereinigung zunehmend auch ein Projekt für diejenigen wird, die eher am Rande der Gesellschaft stehen. (Siehe Abb. 4)

Wie facettenreich dieser Imagewandel der EU zum Positiven ist, verdeutlichen auch Assoziationen, die sich heute mit der EU verbinden. Einer der problematischsten Befunde der 2015er-Erhebung war der, dass eine Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in allen acht von der Studie erfassten Ländern mit der EU nicht mehr steigenden sondern sinken-



Abbildung 4  
**Grundhaltung zur EU**  
 Vorteile der EU-Mitgliedschaft des eigenen Landes – im Zeitvergleich zum Jahr 2015



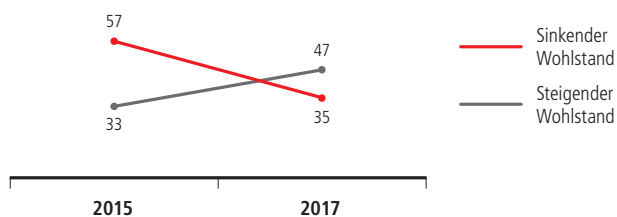
**Frage:** Wenn Sie an die Mitgliedschaft Ihres Landes in der EU denken, überwiegen da aus Ihrer Sicht die Vorteile oder überwiegen da die Nachteile oder halten sich Vor- und Nachteile die Waage?

Angaben in Prozent | Fehlende Werte zu 100 Prozent entsprechen den Kategorien »Vor- und Nachteile halten sich die Waage«, »Nachteile überwiegen« sowie »weiß nicht/keine Angabe«  
 Angaben in Klammern: Vergleich zur FES Acht-Länder-Studie Herbst 2015  
 Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in den einzelnen Ländern

Quelle: policy matters

den Wohlstand verband. Problematisch war dies deshalb, weil Wohlstandsmehrung zu den wichtigsten Errungenschaften zählt, für die die EU steht. Diese negative Einschätzung hat sich heute grundlegend gewandelt: Eine Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in den acht Staaten (47 Prozent) verbindet mit der EU wieder steigenden Wohlstand, nur noch 35 Prozent denken dabei eher an Wohlstandsverluste (2015 waren es noch 58 Prozent). (Siehe Abb. 5)

Abbildung 5  
**Grundhaltung zur EU**  
 Assoziationen zur EU: Steigender vs. sinkender Wohlstand? – Im Vergleich zum Jahr 2015



**Frage:** Ich lese Ihnen nun jeweils zwei gegensätzliche Begriffe vor. Sagen Sie mir bitte jeweils, welchen Sie eher mit der EU verbinden.

Angaben in Prozent | Fehlende Werte zu 100 Prozent entsprechen der Kategorie »weiß nicht/keine Angabe«  
 Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung

Quelle: policy matters

Dieser Stimmungswandel ist in allen acht Ländern zu verzeichnen, allerdings wiederum in deutlich unterschiedlichen Ausprägungen. Die EU steht wieder für steigenden Wohlstand für mehr oder weniger deutliche Mehrheiten der Bevölkerung in der Slowakei (68 Prozent / +32 im Vergleich zum Vorjahr), in Spanien (62 Prozent / +24) und in Deutsch-

land (53 Prozent / +22). Aber auch in Schweden, den Niederlanden und Frankreich verbindet sich mit dem Gedanken an die Gemeinschaft wieder eher steigender denn sinkender Wohlstand. Selbst in Tschechien hält sich beides die Waage. Einzig in Italien verbindet die Mehrheit mit der EU weiterhin eher Wohlstandsverluste. Dies ist insofern nachvollziehbar, als Italien von allen acht Ländern in den letzten Jahren wohl die größten ökonomischen Probleme zu verzeichnen hat. Schlimmer noch: Weit verbreitet ist dort die Einschätzung, dass andere Mitgliedsländer – in erster Linie Deutschland – sogar noch von den Problemen Italiens zumindest indirekt profitieren würden<sup>1</sup>. (Siehe Abb. 6)

Die Mitgliedschaft in der EU wird heute auch weit stärker als noch im Herbst 2015 (61 gegenüber 46 Prozent) als Chance denn als Risiko erfahren. Seinerzeit verbanden vier Länder – Holland, Frankreich, Schweden und Tschechien – die Gemeinschaft eher mit dem Begriff »Risiko«, heute sind sich (wieder) alle mehrheitlich darin einig, dass für die EU-Länder die Mitgliedschaft eher eine Chance zum Besseren bedeutet. (Siehe Abb. 7)

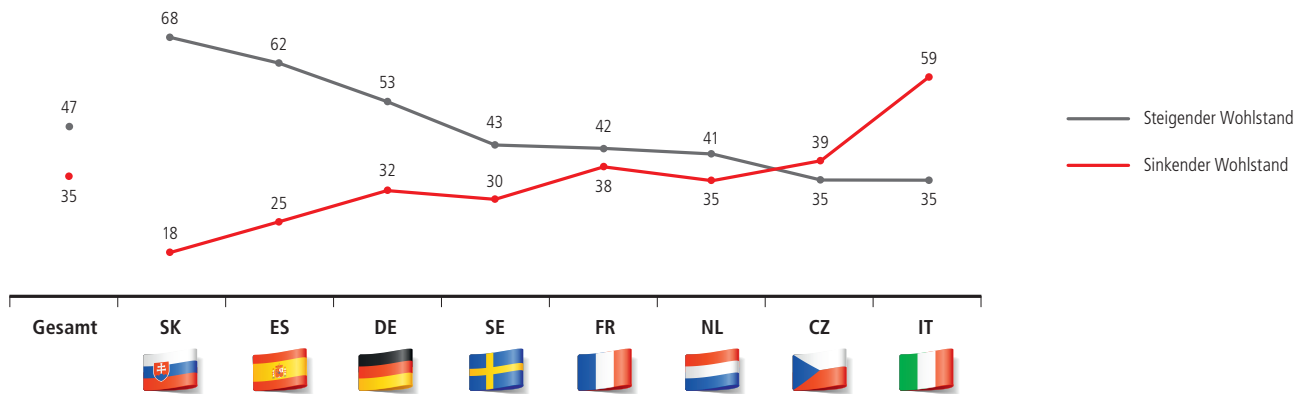
Geteilt bleibt die Meinung über die Sicherheit des Euros, hier gehen die Meinungen in den acht Ländern sogar noch stärker auseinander als bei der Erhebung in 2015. Mehrheitliches Vertrauen in den Euro haben die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland, Frankreich und Spanien, wobei in Deutschland und Frankreich das Vertrauen in die Sicherheit der europäischen Währung signifikant gestiegen ist. Gesunken ist hingegen das Zutrauen in die europäische Währung in den Euro-Staaten Slowakei, Niederlande und Italien, in denen die Zweifel an der gemeinsamen Währung besonders ausgeprägt sind. Unterschiedlich verlief die Entwicklung

<sup>1</sup> Vgl. die FES-Studie »Fremde Freunde«, 2017

Abbildung 6

**Grundhaltung zur EU**

Assoziationen zur EU: Steigender oder sinkender Wohlstand?



**Frage:** Ich lese Ihnen nun jeweils zwei gegensätzliche Begriffe vor. Sagen Sie mir bitte jeweils, welchen Sie eher mit der EU verbinden.

Angaben in Prozent | Fehlende Werte zu 100 Prozent entsprechen der Kategorie »weiß nicht/keine Angabe«

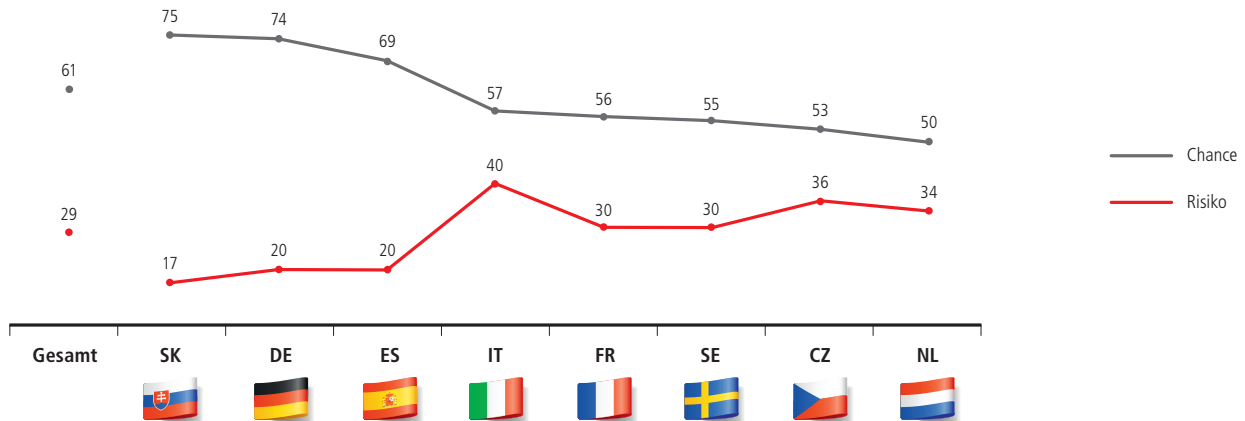
Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in den einzelnen Ländern

Quelle: policy matters

Abbildung 7

**Grundhaltung zur EU**

Assoziationen zur EU: Chance oder Risiko?



**Frage:** Ich lese Ihnen nun jeweils zwei gegensätzliche Begriffe vor. Sagen Sie mir bitte jeweils, welchen Sie eher mit der EU verbinden.

Angaben in Prozent | Fehlende Werte zu 100 Prozent entsprechen der Kategorie »weiß nicht/keine Angabe«

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in den einzelnen Ländern

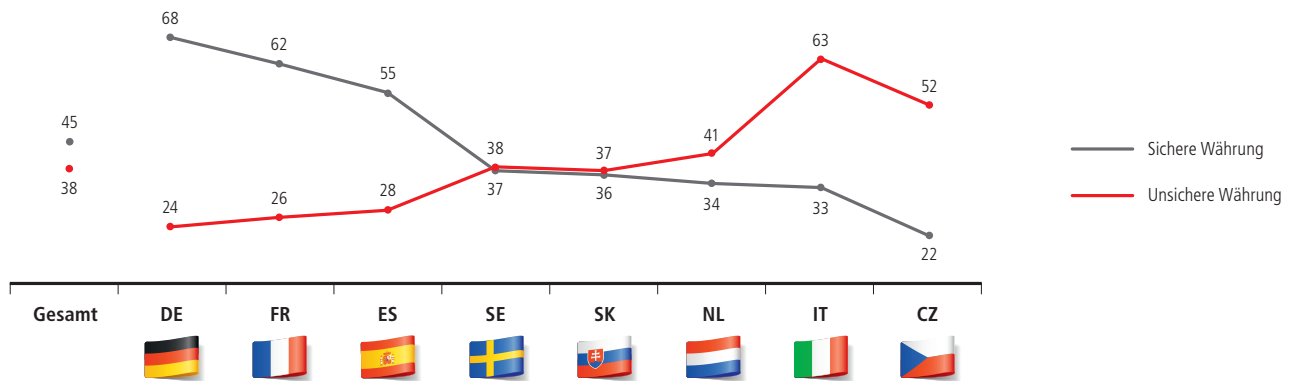
Quelle: policy matters

auch in den Ländern außerhalb der Eurozone: Während sich in Schweden die Bewertung des Euros etwas verbessert, ist das Vertrauen in eine gemeinsame europäische Währung in Tschechien von 29 auf 22 Prozent noch weiter gesunken. (Siehe Abb. 8)

Die EU steht in fünf Ländern – Spanien, Deutschland, Slowakei, den Niederlanden und Schweden – auch eher für Gerechtigkeit als für Ungerechtigkeit. In Italien, Frankreich

und Tschechien sind die Meinungen geteilt, ob es in der EU eher gerecht oder ungerecht zugeht. In punkto Gerechtigkeit kommt nicht zuletzt das nach wie vor virulente Misstrauen unterer Bevölkerungsschichten gegenüber der EU zum Ausdruck. In sechs der acht Länder assoziieren Angehörige der Unterschicht mit der EU eher Ungerechtigkeiten. (Siehe Abb. 9)

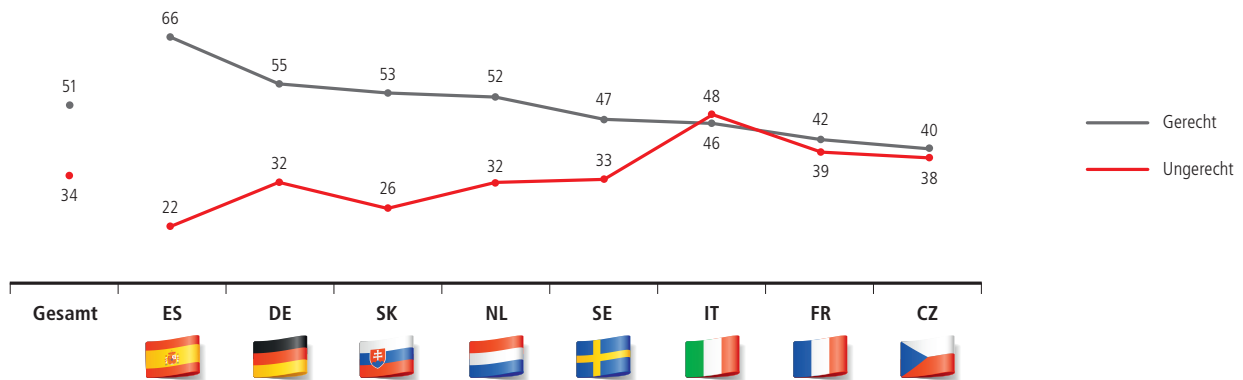
Abbildung 8  
**Grundhaltung zur EU**  
 Assoziationen zur EU: Sichere oder unsichere Währung?



**Frage:** Ich lese Ihnen nun jeweils zwei gegensätzliche Begriffe vor. Sagen Sie mir bitte jeweils, welchen Sie eher mit der EU verbinden.  
 Angaben in Prozent | Fehlende Werte zu 100 Prozent entsprechen der Kategorie »weiß nicht/keine Angabe«  
 Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in den einzelnen Ländern

Quelle: policy matters

Abbildung 9  
**Grundhaltung zur EU**  
 Assoziationen zur EU: Gerecht oder ungerecht?



**Frage:** Ich lese Ihnen nun jeweils zwei gegensätzliche Begriffe vor. Sagen Sie mir bitte jeweils, welchen Sie eher mit der EU verbinden.  
 Angaben in Prozent | Fehlende Werte zu 100 Prozent entsprechen der Kategorie »weiß nicht/keine Angabe«  
 Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in den einzelnen Ländern

Quelle: policy matters

### 3 WICHTIGSTE AUFGABEN DER EU

Im September 2015, als die Bilder von Flüchtlingsströmen die Berichterstattung in den Medien dominierten, stellte die Bewältigung dieses Zustroms aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger die mit Abstand wichtigste Aufgabe dar, die die EU zu meistern hatte. Seither hat die Zahl der Flüchtlinge deutlich abgenommen, das Thema steht aber nach wie vor ganz oben auf der Aufgabenliste. Auch in der aktuellen Studie nennen – auf die wiederum offen gestellte Frage – länderübergreifend 43 Prozent die Bewältigung der Zuwanderung als wichtigste Aufgabe der EU, weitere elf Prozent führen dies als zweitwichtigste Aufgabe an. Damit bleibt das Themenfeld »Migration« weiterhin an der Spitze der europäischen Agenda, bei allerdings leicht gesunkener Brisanz. An Dringlichkeit verliert auch die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die aber mit 28 Prozent (–9 Prozentpunkte) der Nennungen auf Platz zwei der europäischen Problemagenda bleibt. In der Prioritätenliste ebenfalls etwas nach unten gerückt sind die Themen »Stärkung der Wirtschaft« und »Schuldenabbau« (jeweils –3 Prozentpunkte).

An Bedeutung gewonnen haben in den letzten beiden Jahren vor allem zwei Aufgaben: Erstens die Bekämpfung des Terrorismus (+9), die die Befragten nach den Terroranschlägen unter anderem in Frankreich, England und Deutschland auf Platz drei der Agenda rücken. Und zweitens der Abbau sozialer Ungleichheit (+8), der in der vorangegangenen Studie so gut wie keine Rolle spielte, und jetzt in Bezug auf die Häufigkeit der Nennung auf Platz 7 rangiert. (Siehe Abb. 10)

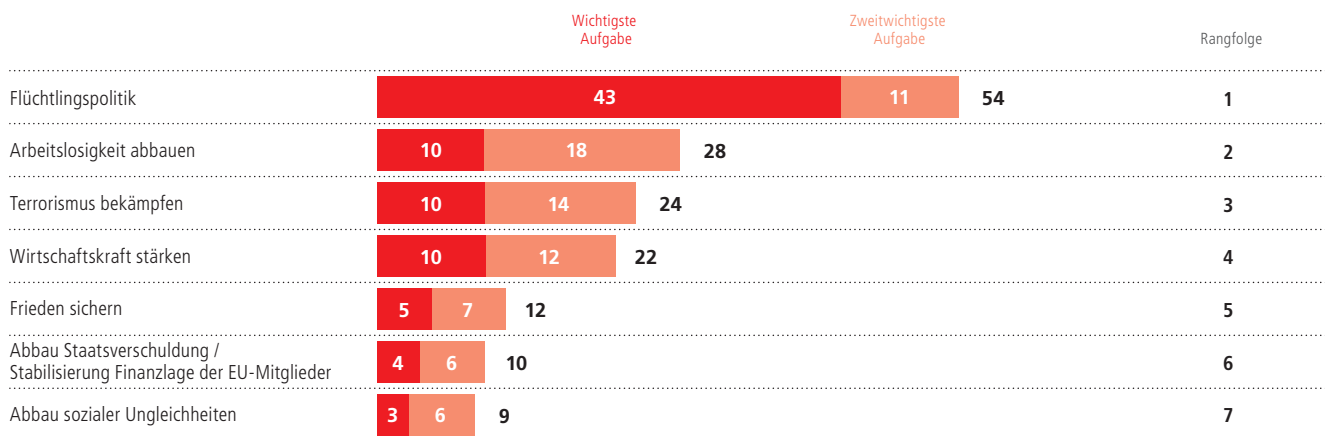
Über die Ländergrenzen hinweg gibt es einige Gemeinsamkeiten, aber auch deutliche Unterschiede in der Bedeutungszuschreibung einzelner Aufgaben. Weitgehende Einigkeit besteht darin, dass der Bewältigung der Zuwanderung nach wie vor höchste Priorität zukommt: In sieben der acht Länder wird sie als wichtigstes Problem der EU angeführt,

wobei die Konnotation der Nennungen wie 2015 eindeutig in Richtung »Eindämmung der Flüchtlingsbewegung« geht. Die unterschiedliche Häufigkeit der Nennungen in den einzelnen Ländern lässt deutliche Unterschiede in der Wahrnehmung der Dringlichkeit dieses Themas erkennen. In Tschechien und der Slowakei setzen drei von vier Bürgerinnen und Bürgern die Flüchtlingspolitik auf Platz eins der Dringlichkeitsliste, weit vor allen anderen Problemfeldern. Dieses Ergebnis ist insofern bemerkenswert, als beide Länder bislang kaum Flüchtlinge aufgenommen haben und sich auch – zusammen mit anderen osteuropäischen Ländern – gegen eine wie immer geartete, von EU-Institutionen verordnete Zuteilung von Migranten zur Wehr setzen. Das Ergebnis der Befragung verdeutlicht, dass die Regierungen beider Staaten in dieser Frage eine überwältigende Mehrheit ihrer Bevölkerung hinter sich wissen.

Nach den beiden Visegrád-Staaten folgt an dritter Stelle Schweden. Dort weisen gut die Hälfte der Befragten dem Thema Migration höchste, weitere 18 Prozent zweithöchste Priorität zu. Schweden ist das einzige Land, in dem dieses Thema an Bedeutung gewonnen hat (+6), was darauf hindeutet, dass dieses Thema in dem gegenüber Flüchtlingen ausgesprochen offenen Land zunehmend kontrovers diskutiert wird. Italien, das derzeit die mit Abstand höchste Anzahl an Flüchtlingen zu bewältigen hat, folgt erst an fünfter Stelle, was in erster Linie damit zu tun haben dürfte, dass Rom derzeit mit einer ganzen Reihe ernsthafter Probleme zu kämpfen hat, unter denen die Bewältigung der konstant hohen Anzahl von Geflüchteten nur das wichtigste ist. (Siehe Abb. 11)

In vier der acht Länder verliert das Thema »Flüchtlinge« deutlich an Brisanz, darunter in Frankreich (–10), in den Niederlanden (–16) und vor allem in Deutschland, wo ja der Großteil der seit Herbst 2015 nach Europa Geflohenen Zuflucht suchte. Die Situation hat sich offenbar nach Wahr-

Abbildung 10  
**Wichtigste Aufgaben der EU**  
 Aufgaben der EU: Spontane Nennungen



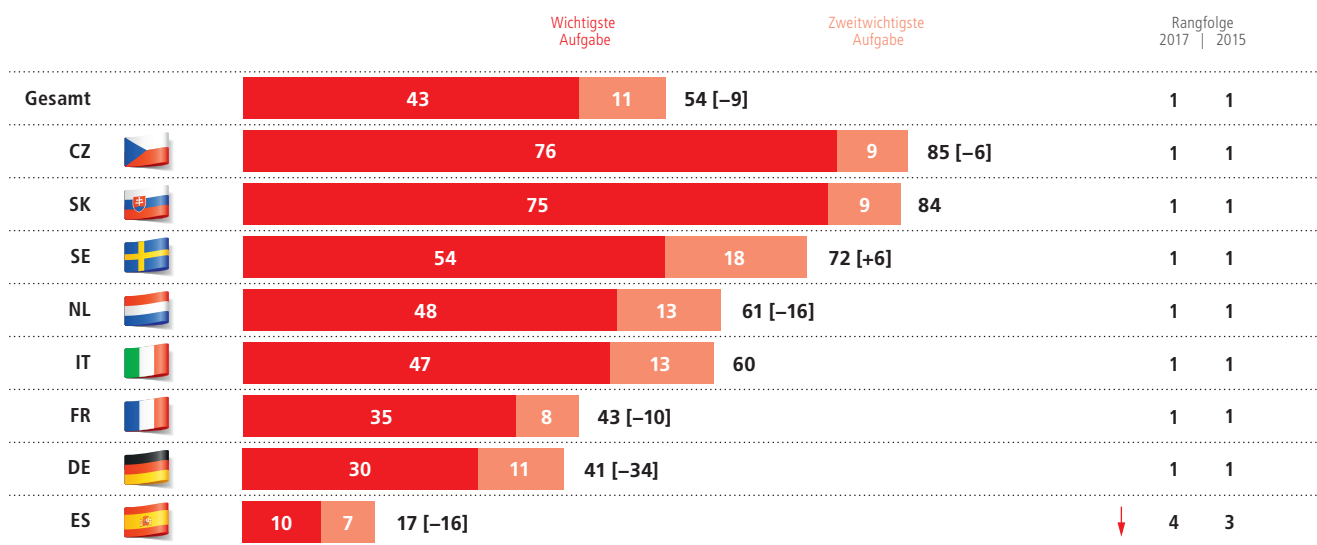
**Frage:** Was sind aus Ihrer Sicht derzeit die wichtigsten Aufgaben, die die Europäische Union bewältigen muss?

Angaben in Prozent | Mehrfachnennungen  
 Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung

Quelle: policy matters



Abbildung 11  
**Wichtigste Aufgaben der EU**  
 Aufgaben der EU: Flüchtlingspolitik



**Frage:** Was sind aus Ihrer Sicht derzeit die wichtigsten Aufgaben, die die Europäische Union bewältigen muss?  
 Angaben in Prozent | Mehrfachnennungen  
 Angaben in Klammern: Vergleich zur FES Acht-Länder-Studie Herbst 2015 (Differenz ausgewiesen ab Wert von ±3 Prozentpunkten)  
 Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in den einzelnen Ländern

Quelle: policy matters

nehmung der Bürgerinnen und Bürger deutlich entspannt, denn der Anteil derer, die die Aufnahme und Integration von Flüchtlingen als eine der aktuell wichtigsten Aufgaben der EU anführt, halbiert sich fast von 75 auf 41 Prozent.

Eine Sonderposition nimmt wie schon 2015 Spanien ein. Es ist damals wie heute das einzige der acht Länder, in dem die Flüchtlingspolitik nicht die Agenda dominiert: Das Thema rangiert dort nur an vierter Stelle. Bemerkenswerterweise hat Spanien erkennbar weniger als andere Mittelmeeranrainer der EU mit Zuwanderung zu kämpfen, obwohl seine Distanz zum afrikanischen Kontinent deutlich geringer ist als etwa die Italiens oder Griechenlands, und obwohl Spanien mit Ceuta und Melilla zwei Enklaven auf dem afrikanischen Kontinent hat. Die Mischung aus Offenheit und Härte, die Spaniens Zuwanderungspolitik leitet, dürfte entscheidenden Anteil daran haben, dass das Thema »Flüchtlinge« im südlichsten Land der EU nicht dieselbe Brisanz hat wie in anderen EU-Ländern.

Die Spanier erwarten von der EU in erster Linie Unterstützung bei der Lösung innerspanischer Probleme – wie etwa bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Dieses Thema betrachteten die Spanier schon 2015 als weitaus wichtigste Aufgabe. Seither hat das Thema dort zwar an Brisanz verloren (-14), steht aber mit 46 Prozent der Nennungen immer noch auf Platz eins. Vergleichbare Bedeutung kommt der Forderung nach Schaffung neuer Arbeitsplätze in den zwei anderen Mittelmeerstaaten – Italien und Frankreich – zu. In beiden Ländern rangiert dieses Thema nach der Flüchtlingspolitik auf Rang zwei mit jeweils abnehmender Tendenz. Auch in den übrigen fünf Staaten sinkt die Dringlichkeit der Arbeitsmarktpolitik; in Deutschland und Tschechien rangiert diese Aufgabe nur noch auf Platz fünf. (Siehe Abb. 12)

Gegenläufig zum Thema »Arbeitslosigkeit« verläuft die Entwicklung beim Thema »Terrorismusbekämpfung«. In diesem Bereich sehen die Bürgerinnen und Bürger aller acht Länder die EU stärker gefordert als noch in 2015. In Tschechien, den Niederlanden und Schweden wird der Kampf gegen den Terror heute als ihre zweitwichtigste Aufgabe angesehen. Dass die Bevölkerung in Frankreich, dem am häufigsten von Terroranschlägen betroffenen europäischen Land, vergleichsweise zurückhaltende Erwartungen in Richtung EU hat, mag überraschen. Diese Haltung dürfte darin begründet sein, dass die Mithilfe anderer EU-Staaten bei der Bekämpfung des Terrorismus willkommen ist, diese aber primär als Aufgabe der nationalen Sicherheitskräfte angesehen wird. Ähnlich dürften es auch die Deutschen sehen, die diesbezüglich vergleichsweise großes Vertrauen in die dafür zuständigen nationalen Sicherheitskräfte haben. (Siehe Abb. 13)

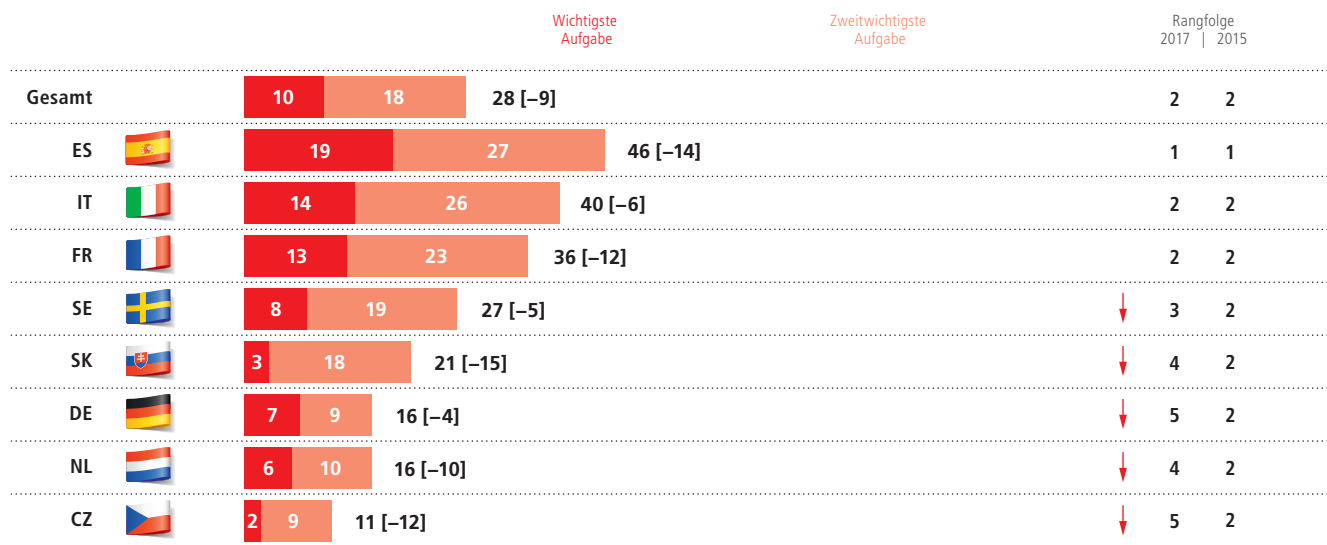
Neben den sieben Aufgaben, die länderübergreifend als am wichtigsten benannt werden, gibt es einige länderspezifische Besonderheiten. Besonders bemerkenswert erscheint etwa der Befund, dass in Deutschland auf die offen gestellte Frage nach der wichtigsten beziehungsweise zweitwichtigsten Aufgabe der EU das Thema »Zusammenhalt der EU stärken« am dritthäufigsten genannt wird.

Bei einer – ausschließlich im Rahmen der Befragung in Deutschland gestellten – gestützten Abfrage ausgewählter Aufgabenfelder wurde diesem Thema von den Befragten die höchste Wichtigkeit zugewiesen. Dies unterstreicht den schon eingangs erwähnten Bedeutungsgewinn der EU aus deutscher Sicht. In Gruppendiskussionen wurde mehrfach die Einschätzung vertreten, dass Deutschland seine starke wirtschaftliche Stellung und seine Stabilität nicht zuletzt der

Abbildung 12

**Wichtigste Aufgaben der EU**

Aufgaben der EU: Arbeitslosigkeit abbauen



**Frage:** Was sind aus Ihrer Sicht derzeit die wichtigsten Aufgaben, die die Europäische Union bewältigen muss?

Angaben in Prozent | Mehrfachnennungen

Angaben in Klammern: Vergleich zur FES Acht-Länder-Studie Herbst 2015 (Differenz ausgewiesen ab Wert von ±3 Prozentpunkten)

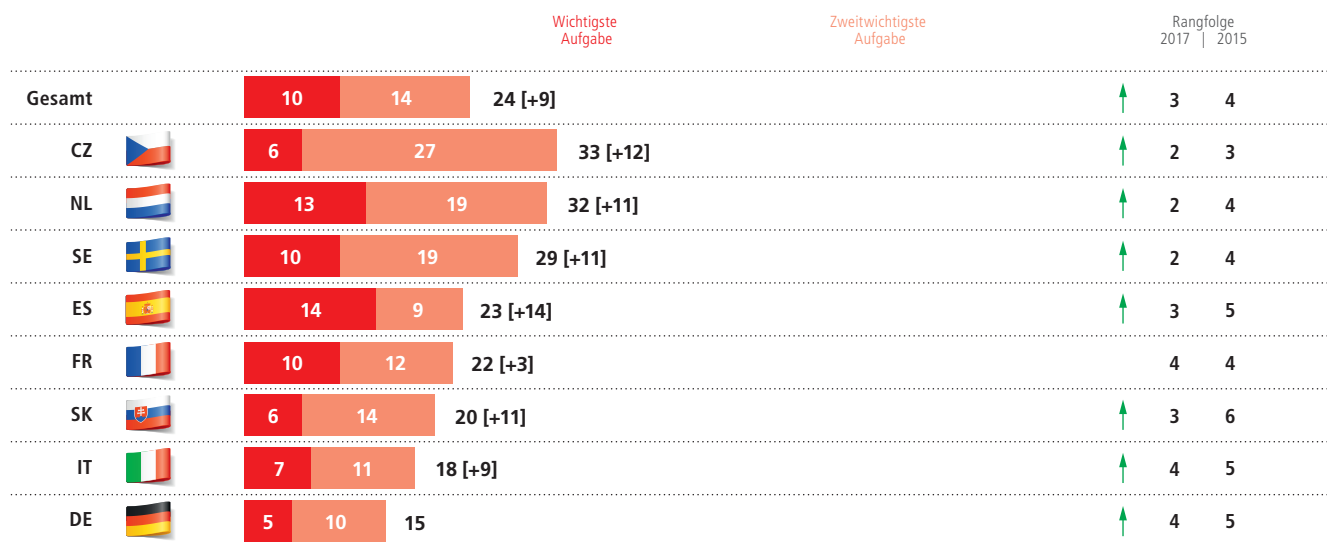
Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in den einzelnen Ländern

Quelle: policy matters

Abbildung 13

**Wichtigste Aufgaben der EU**

Aufgaben der EU: Terrorismus bekämpfen



**Frage:** Was sind aus Ihrer Sicht derzeit die wichtigsten Aufgaben, die die Europäische Union bewältigen muss?

Angaben in Prozent | Mehrfachnennungen

Angaben in Klammern: Vergleich zur FES Acht-Länder-Studie Herbst 2015 (Differenz ausgewiesen ab Wert von ±3 Prozentpunkten)

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in den einzelnen Ländern

Quelle: policy matters

Mitgliedschaft in der Europäischen Union verdankt, von der Deutschland mehr als andere profitieren würde.

In Deutschland, vor allem aber in Schweden werden EU-geförderte Initiativen zum Umweltschutz und zur Bekämpfung des Klimawandels erwartet. In Frankreich, Italien, Spanien und Frankreich werden Steuersenkung und Inflationsbekämpfung häufiger als anderswo als wichtige Aufgaben angeführt, bei deren Bewältigung sich diese Länder die Unterstützung der Gemeinschaft erhoffen.

#### 4 AKZEPTANZ INTEGRATIONSFÖRDERNDER MASSNAHMEN

Angesichts der in allen acht Ländern gewachsenen Sensibilität der Bürgerinnen und Bürger für die Bedeutung der EU stellt sich die Frage, wie dieser Zusammenhalt gestärkt und wie die Integration der verbleibenden 27 Mitgliedsländer gefördert werden können. Auch hierzu wurde den Befragten 2017 eine Liste von Maßnahmen vorgelesen, um deren Akzeptanz abzuklären. (Siehe Abb. 14) Die höchste Zustimmung erhält die Forderung nach stärkeren Anstrengungen aller EU-Staaten zur Sicherung der Außengrenzen (79 Prozent), der knapp jeder Zweite »voll und ganz«, ein weiteres Drittel »eher« zustimmt. Auch an zweiter Stelle folgt mit dem Wunsch nach einer stärkeren Überwachung der Haushaltsdisziplin der Mitgliedsländer eine eher restriktive Maßnahme, die drei von vier Befragten »voll und ganz« (35 Prozent) oder »eher« befürworten. Auf vergleichbaren Zuspruch stößt die EU-weite Einführung von Mindestlöhnen, deren Höhe sich an der Wirtschaftskraft des jeweiligen Landes orientiert – eine Maßnahme, die bereits in 21 der 28 Länder (inklusive Großbritannien) realisiert ist.

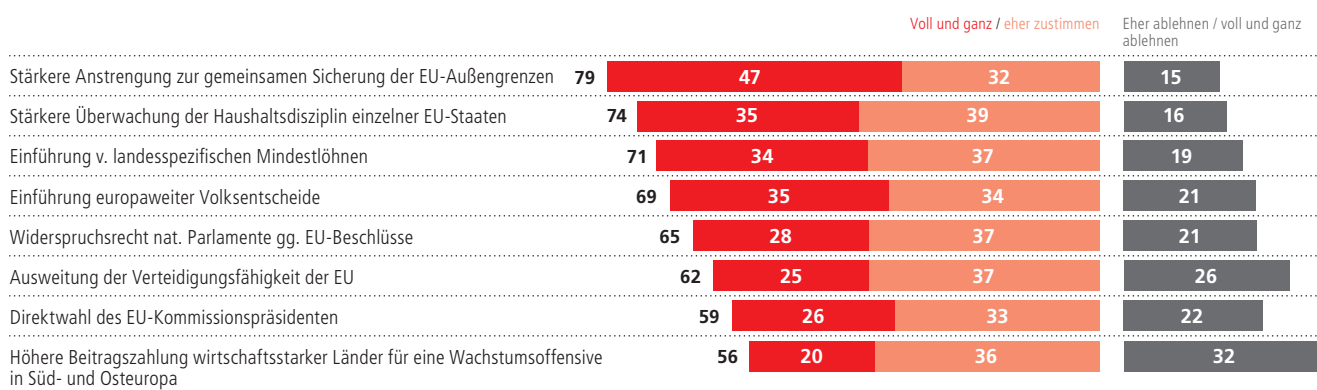
Auf viel Zustimmung stoßen auch zwei Vorschläge, die den EU-Bürgerinnen und -Bürgern mehr Mitsprache gewähren würden: die Einführung europaweiter Volksentscheide zu grundlegenden Fragen (69 Prozent) sowie die Direktwahl des EU-Präsidenten (59 Prozent) – in der letzten Europawahl wurde mit der Aufstellung von Spitzenkandidaten der Parteienfamilien ein erster Schritt in diese Richtung getan. Mehrheitlich begrüßt würden auch die schrittweise Ausweitung der militärischen Verteidigungsfähigkeit der EU (62 Prozent) sowie höhere Beitragszahlungen wirtschaftsstarker Länder für eine Wachstumsoffensive in Süd- und Osteuropa (56 Prozent). Dass die Bereitschaft, mehr Kompetenzen an die EU abzugeben, ihre Grenzen hat, wird an einem anderen Ergebnis deutlich: Zwei Drittel sprechen sich für ein Widerspruchsrecht der nationalen Parlamente gegen EU-Beschlüsse aus.

Fast alle Maßnahmen erhalten in allen Ländern mehrheitlichen Zuspruch – mit einer Ausnahme: Eine Erhöhung der EU-Beiträge ausschließlich für wirtschaftsstarke Länder zur Förderung von Investitionen in ärmeren Ländern Süd- und Osteuropas trifft in den Niederlanden eher auf Ablehnung (49 Prozent) als auf Zustimmung (35 Prozent). Starker Widerspruch regt sich auch in Deutschland (42 Prozent) und Schweden (39 Prozent) – drei Länder mit einer vergleichsweise starken Wirtschaft, die bei der Umsetzung dieser Wachstumsinitiative wohl zur Kasse gebeten würden. Es bleibt aber festzuhalten, dass trotzdem knappe Mehrheiten in Deutschland, in Schweden und im Übrigen auch in Frankreich diesen von dem französischen Präsidenten eingebrachten Vorschlag gutheißen. (Siehe Abb. 15)

Weitaus stärker fällt allerdings die Zustimmung in den wahrscheinlichen Empfängerländern Spanien (78 Prozent), Italien (75 Prozent) und der Slowakei (69 Prozent) aus. Das Abstimmungsergebnis in puncto Widerspruchsrecht der na-

Abbildung 14

#### Akzeptanz integrationsfördernder Maßnahmen



**Frage:** Es wird immer wieder über Maßnahmen diskutiert, wie man die europäische Integration verbessern könnte. Ich nenne Ihnen einige Vorschläge, sagen Sie mir bitte, ob Sie diesem Vorschlag voll u. ganz zustimmen, eher zustimmen, ihn eher ablehnen oder voll und ganz ablehnen.

Angaben in Prozent | Fehlende Werte zu 100 Prozent entsprechen der Kategorie »weiß nicht/keine Angabe«  
 Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung

Quelle: policy matters

tionalen Parlamente folgt dagegen nicht dem Muster Geber-/Nehmerländer. Am stärksten fällt hier die Zustimmung in den beiden osteuropäischen Ländern aus, von denen derzeit die Slowakei dieses Recht schon im Vorgriff hinsichtlich der Flüchtlingsverteilung in Anspruch nimmt.

## 5 NATIONALE ODER EUROPÄISCHE ZUSTÄNDIGKEIT

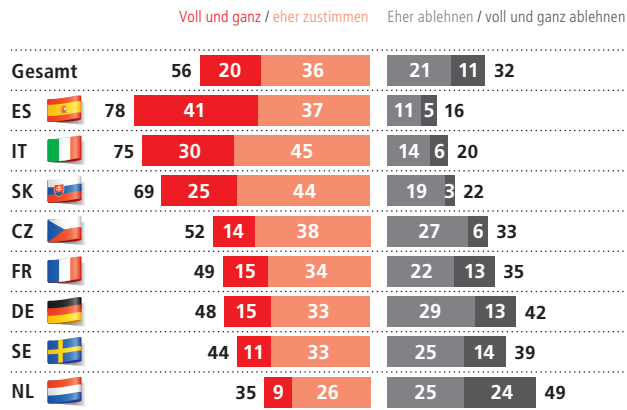
Bereits in der 2015er-Studie wurde ausgelotet, in welchen Politikbereichen die Bürgerinnen und Bürger eher die eigene Regierung, in welchen Bereichen sie eher die EU für zuständig halten. Das Ergebnis war ein Gleichgewicht von Politikfeldern eher nationaler und Feldern eher europazentrierten Zuständigkeiten. Die aktuellen Befunde zu dieser Frage bestätigen die heute positivere Grundhaltung zur EU. Insgesamt wurden in 2017 zwölf Politikfelder abgefragt, in acht Bereichen plädieren die Bürgerinnen und Bürger eher für eine europäische Zuständigkeit: Bei der Außen- und Sicherheitspolitik, der Besteuerung internationaler Unternehmen, der Gestaltung der Handelsbeziehungen zu den USA, beim Daten- und Verbraucherschutz, bei der Bewältigung der Zuwanderung, im Bereich der Energieversorgung sowie bei der Rechtsstellung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften. Mit Ausnahme der Handelsbeziehungen zu den USA wurde für all diese Bereiche bereits 2015 ein Meinungsbild erhoben. Der Vergleich beider Studien lässt in fünf Fällen eine leicht gestiegene Bereitschaft zu einer Kompetenzverlagerung in Richtung Brüssel erkennen. (Siehe Abb. 16)

In einigen Fällen herrscht über alle acht Länder hinweg weitgehende Einigkeit darüber, dass derlei Fragen eher auf europäischer Ebene geregelt werden sollen. Dies gilt vor allem für die Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Hierzu sprechen sich zwei Drittel für eine Kompetenzverlagerung in Richtung EU aus, nur drei von zehn sind dagegen. Selbst eine Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger der stolzen Grand Nation Frankreich will künftig ihre Außen- und Sicherheitspolitik stärker in die Verantwortung der Gemeinschaft legen. Als Zeichen der Ernsthaftigkeit dieser Willensbekundung kann man die

Abbildung 15

### Akzeptanz integrationsfördernder Maßnahmen

Höhere Beitragszahlungen wirtschaftsstarker Länder für eine Wachstumsoffensive in Süd- und Osteuropa



**Frage:** Es wird immer wieder über Maßnahmen diskutiert, wie man die europäische Integration verbessern könnte. Ich nenne Ihnen einige Vorschläge, sagen Sie mir bitte, ob Sie diesem Vorschlag voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, ihn eher ablehnen oder voll und ganz ablehnen.

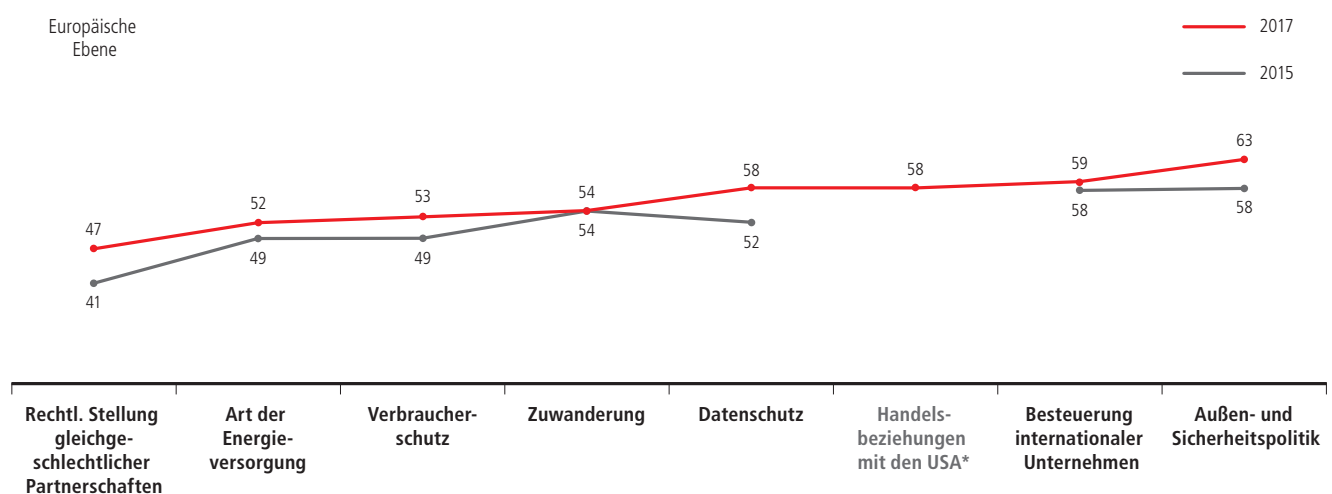
Angaben in Prozent | Fehlende Werte zu 100 Prozent entsprechen der Kategorie »weiß nicht/keine Angabe«  
Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in den einzelnen Ländern

Quelle: policy matters

Abbildung 16

### Nationale oder europäische Zuständigkeit

Aufgaben, die eher auf europäischer Ebene geregelt werden sollten – im Vergleich zum Jahr 2015



**Frage:** Ich nenne Ihnen einige politische Aufgaben. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob diese Aufgabe eher auf europäischer oder eher auf nationaler Ebene geregelt werden sollte.

Angaben in Prozent | Fehlende Werte zu 100 Prozent entsprechen den Kategorien »eher nationale Ebene« sowie »weiß nicht/keine Angabe«  
Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung

\* Keine Vergleichswerte, da Kategorie 2015 nicht erhoben

Quelle: policy matters



hohe Zustimmung zu dem neugewählten französischen Präsidenten deuten, der in seinem Regierungsprogramm eine verstärkte Zusammenarbeit der EU-Staaten auch in der Außen- und Verteidigungspolitik einfordert. Am stärksten fällt der Widerstand dagegen im neutralen Schweden aus. Offenbar wollen viele Schweden diesen Neutralitätsstatus nicht aufgeben. Auch beim Daten- und Verbraucherschutz sprechen sich einzig die Schweden mit – wenn auch knapper – Mehrheit für die Beibehaltung primär nationaler Zuständigkeiten aus. In Bezug auf die Frage nach der Zuständigkeit für Verhandlungen zwischen den USA und den EU-Staaten über ihre künftigen Handelsbeziehungen, enthält sich fast die Hälfte der Schweden der Stimme. In den übrigen Staaten trifft der Standpunkt der EU-Kommission auf mehrheitliche Zustimmung: Die Verhandlungen zu TTIP fallen in den Zuständigkeitsbereich der EU.

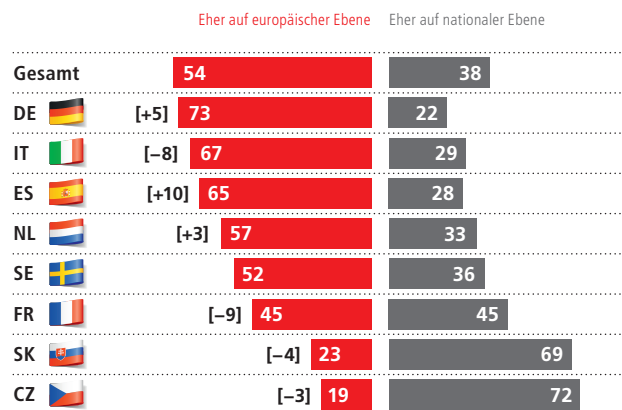
In anderen Politikfeldern bestehen deutliche Differenzen zwischen den Bürgerinnen und Bürgern der einzelnen Staaten, wobei die Konfliktlinie meist zwischen Ost- und Westeuropa verläuft. Am tiefsten ist der Graben in der Flüchtlingspolitik. In fünf der sechs westlichen Länder fordern die Bürgerinnen und Bürger mit jeweils großer Mehrheit gesamt-europäische Lösungen bei der Aufnahme und Integration der Flüchtlinge, in Frankreich herrscht in diesem Bereich Uneinigkeit. Am vehementesten wird die Forderung nach einer europäischen Lösung der Flüchtlingsfragen von Deutschen und Italienern erhoben, also den Bürgerinnen und Bürgern jener Länder, die derzeit die Hauptlast der Zuwanderung tragen. In Italien ist allerdings zuletzt vor allem von der Lega Nord eine Abkoppelung von der liberalen Flüchtlingspolitik der EU propagiert worden, was sich in einer spürbar gestiegenen Zustimmung zu nationalen Lösungen niederschlägt. In den Visegrád-Staaten Slowakei und Tschechien ist der Widerstand gegen eine Europäisierung der Flüchtlingspolitik klare Mehrheitsmeinung. Dort sprechen sich jeweils rund sieben von zehn Bürgerinnen und Bürgern dafür aus, die Migrationspolitik in nationaler Verantwortung zu belassen, die Grenzen für Flüchtlinge demnach weiterhin geschlossen zu halten. Gegenüber 2015 ist der Widerstand gegenüber einer europäischen Lösung sogar noch etwas gestiegen. (Siehe Abb. 17)

Auch in Bezug auf die Regelung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften pochen Slowaken und Tschechen mehrheitlich auf eine nationale Zuständigkeit – Beleg für die fortdauernden kulturellen Unterschiede zwischen ost- und westeuropäischen EWU-Staaten. In Energiefragen setzen die Bürgerinnen und Bürger beider Länder mit klaren Mehrheiten auf nationale Regelungen, obwohl beide in der Energieversorgung stark von Dritten abhängig sind und der Ausbau des europäischen Energieverbundes für sie eher vorteilhaft sein dürfte. Für eine stärkere Abstimmung der Energiepolitik innerhalb der EU votieren vor allem Spanien (67 Prozent) und Italien (64 Prozent), aber auch deutliche Mehrheiten in Holland (54 Prozent), Frankreich (53 Prozent) und Deutschland (52 Prozent).

Abbildung 17

**Nationale oder europäische Zuständigkeit**

Aufnahme und Verteilung von Flüchtlingen und Asylbewerbern – im Vergleich zum Jahr 2015



**Frage:** Ich nenne Ihnen einige politische Aufgaben. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob diese Aufgabe eher auf europäischer oder eher auf nationaler Ebene geregelt werden sollte.

Angaben in Prozent | Fehlende Werte zu 100 Prozent entsprechen der Kategorie »weiß nicht/keine Angabe«

Angaben in Klammern: Vergleich zur FES Acht-Länder-Studie Herbst 2015 (Differenz ausgewiesen ab Wert von ±3 Prozentpunkten)<sup>2</sup>

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in den einzelnen Ländern

Quelle: policy matters

Strittig bleibt die Zuständigkeit hinsichtlich der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vor allem in der jungen Generation – hier verläuft die Konfliktlinie anders. In den am meisten von Jugendarbeitslosigkeit betroffenen Ländern Spanien und Italien plädieren Mehrheiten für europäische Lösungen, während die Franzosen, deren Jugendliche ebenfalls erhebliche Probleme haben, einen festen Arbeitsplatz zu finden, dies eher als nationale Aufgabe begreifen. Auch die Bürgerinnen und Bürger in den Niederlanden, Schweden und Tschechien, Länder, in denen dieses Thema kaum eine Rolle spielt, sehen dies in erster Linie als Aufgabe der jeweiligen nationalen Regierungen an. In Deutschland und auch in der Slowakei, beide ebenfalls von Jugendarbeitslosigkeit kaum betroffen, wird dagegen eine Unterstützung der betroffenen Länder befürwortet. Vor allem den Deutschen dürfte bewusst sein, dass dabei vor allem das eigene Land gefordert sein würde. Dass sie trotzdem zustimmen, kann als Einsicht gewertet werden, dass die stark auf Export basierende eigene wirtschaftliche Stärke nicht dauerhaft gehalten werden kann, wenn wichtige Partnerstaaten wirtschaftlich darben.

Von der Zustimmung zu einer Ausweitung der Kompetenzen der EU bleiben allerdings einige Bereiche ausgespart, vor allem die Budgethoheit und die Gestaltung der Sozialsysteme. Länderübergreifend plädieren zwei Drittel der Befragten dafür, dass die Haushaltspolitik in nationaler Zuständigkeit verbleibt. Für eine Vergemeinschaftung der Finanzpolitik findet sich in keinem der acht Länder eine Mehrheit. Am

<sup>2</sup> Der Übersichtlichkeit halber werden im Folgenden jeweils nur Veränderungen in Richtung proeuropäischer und integrationsfördernder Maßnahmen ausgewiesen

stärksten sind die Vorbehalte in Tschechien (80 Prozent), in der Slowakei, Deutschland und Frankreich (jeweils gut 70 Prozent). Die Bereitschaft für eine Kompetenzverlagerung fällt noch vergleichsweise groß aus in Italien (36 Prozent) und vor allem in Spanien (44 Prozent). Auf wenig Zustimmung würde auch eine Kompetenzverlagerung in Richtung EU bei der Festlegung der Höhe und der Gestaltung des Arbeitslosengeldes stoßen. In Italien halten sich das Pro und Contra die Waage, und einzig in Spanien könnte sich – anders als noch im Herbst 2015 – eine knappe Mehrheit eine europäische Lösung der Arbeitslosenversicherung vorstellen. (Siehe Abb. 18)

Ein ähnlicher Befund ergibt sich auch in Bezug auf die Rentenpolitik. In sechs Ländern plädieren klare Mehrheiten dafür (zwischen 58 und 67 Prozent), die Festlegung von Renteneintrittsalter und Rentenbezügen in der Verantwortung der nationalen Regierungen zu belassen. Nur in Spanien und Italien kann sich eine Mehrheit (jeweils 53 Prozent) mit einer entsprechenden Kompetenzverlagerung in Richtung EU anfreunden. (Siehe Abb. 19)

Abbildung 19 zeigt allerdings, dass selbst in der Haushalts- und Sozialpolitik länderübergreifend die Bereitschaft zu europäischen Lösungen leicht gestiegen ist. Dies gilt allerdings explizit nicht für Deutschland, wo der Widerstand gegen eine Kompetenzverschiebung größer und ungebrochen ist. Trotz aller neu entflammten Europa-Euphorie scheinen die Finanz- und Sozialpolitik gewissermaßen als Haltepunkte zur Wahrung des eigenen Wohlstands zu fungieren.

Abbildung 18  
**Nationale oder europäische Zuständigkeit**  
 Höhe und Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes –  
 im Vergleich zum Jahr 2015

|               |              | Eher auf europäischer Ebene | Eher auf nationaler Ebene |
|---------------|--------------|-----------------------------|---------------------------|
| <b>Gesamt</b> | <b>[+5]</b>  | <b>32</b>                   | <b>61</b>                 |
| <b>ES</b>     | <b>[+14]</b> | <b>51</b>                   | <b>43</b>                 |
| <b>IT</b>     | <b>[+7]</b>  | <b>48</b>                   | <b>49</b>                 |
| <b>SK</b>     | <b>[+9]</b>  | <b>36</b>                   | <b>59</b>                 |
| <b>DE</b>     |              | <b>26</b>                   | <b>69</b>                 |
| <b>FR</b>     | <b>[-3]</b>  | <b>24</b>                   | <b>68</b>                 |
| <b>CZ</b>     | <b>[+4]</b>  | <b>24</b>                   | <b>69</b>                 |
| <b>NL</b>     | <b>[+4]</b>  | <b>23</b>                   | <b>67</b>                 |
| <b>SE</b>     | <b>[+5]</b>  | <b>21</b>                   | <b>66</b>                 |

**Frage:** Ich nenne Ihnen einige politische Aufgaben. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob diese Aufgabe eher auf europäischer oder eher auf nationaler Ebene geregelt werden sollte.

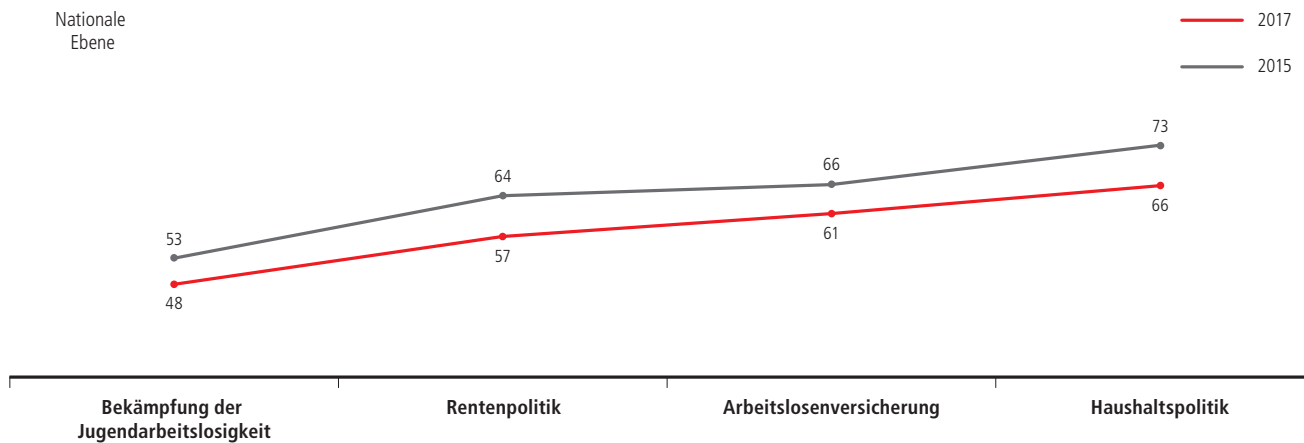
Angaben in Prozent | Fehlende Werte zu 100 Prozent entsprechen der Kategorie »weiß nicht/keine Angabe«

Angaben in Klammern: Vergleich zur FES Acht-Länder-Studie Herbst 2015 (Differenz ausgewiesen ab Wert von ±3 Prozentpunkten)

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in den einzelnen Ländern

Quelle: policy matters

Abbildung 19  
**Nationale oder europäische Zuständigkeit**  
 Aufgaben, die eher auf nationaler Ebene geregelt werden sollten – im Vergleich zum Jahr 2015



**Frage:** Ich nenne Ihnen einige politische Aufgaben. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob diese Aufgabe eher auf europäischer oder eher auf nationaler Ebene geregelt werden sollte.

Angaben in Prozent | Fehlende Werte zu 100 Prozent entsprechen den Kategorien »eher europäische Ebene« sowie »weiß nicht/keine Angabe«

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung

Quelle: policy matters

## 6 AKZEPTANZ VON REGELN DER EU

Der Zusammenhalt in der EU wird nicht zuletzt getragen von einem von allen Mitgliedstaaten akzeptierten Regelkanon. Im dessen Zentrum stehen Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Einhaltung von Menschenrechten. Zu diesem Kanon gehören aber auch Freizügigkeit beim Reisen, im Warenverkehr und in Bezug auf Arbeit. Letzteres ist immer wieder Gegenstand von Diskussionen gewesen, die mit dem Brexit an Aktualität gewonnen hat. Das Recht jeder EU-Bürgerin und jeden EU-Bürgers, in allen EU-Staaten eine Arbeitsstelle suchen zu dürfen, war in Großbritannien Grund für viele, für den Ausstieg aus der EU zu stimmen.

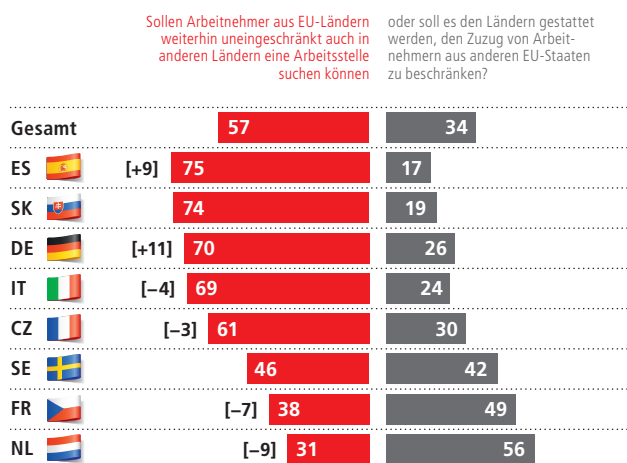
Erfreulicherweise hat dieses Beispiel in anderen EU-Staaten nicht Schule gemacht: Der Anteil der Bürgerinnen und Bürger in den acht Erhebungsstaaten, die der Arbeitnehmerfreizügigkeit zustimmen, bleibt gegenüber dem Herbst 2015 konstant bei 57 Prozent. Immerhin ein Drittel votiert jedoch dafür, dass es den EU-Mitgliedsländern prinzipiell erlaubt sein solle, den Zuzug von Arbeitnehmern aus anderen EU-Staaten zu beschränken. Das Meinungsbild differiert allerdings auch hier deutlich, wobei die Grenze nicht – wie vielleicht zu erwarten – strikt zwischen Entsender- und Empfängerländern von Arbeitskräften verläuft. Die Beibehaltung der Arbeitnehmerfreizügigkeit trifft auf mehrheitliche Unterstützung in Spanien und Italien, in der Slowakei und Tschechien, aber auch eine klare Mehrheit in Deutschland, dem Hauptzielland für arbeitsuchende EU-Arbeitnehmer, spricht sich für eine weiterhin freie Arbeitsplatzwahl innerhalb der EU aus. (Siehe Abb. 20)

Die hohe Zustimmung zur Arbeitnehmerfreizügigkeit bedeutet aber nicht gleichzeitig eine Befürwortung des freien Zugangs zu Sozialleistungen des Ziellandes. Deren Bezug sollte nach Dafürhalten einer länderübergreifenden Mehrheit (56 Prozent) davon abhängig gemacht werden, ob der oder die Zugezogene in dem jeweiligen Land über einen längeren Zeitraum gearbeitet hat. Gut jeder Dritte lässt diese Einschränkung nicht gelten. In Italien spricht sich sogar eine klare Mehrheit (71 Prozent) dafür aus, dass jede EU-Bürgerin und jeder EU-Bürger in jedem Land, in dem sie oder er lebt, Sozialleistungen in Anspruch nehmen darf, unabhängig davon, ob sie oder er dort länger gearbeitet hat oder nicht. Auch gut die Hälfte der Spanier (53 Prozent) teilt diese Ansicht.

In den übrigen sechs Ländern plädieren jeweils deutliche Mehrheiten für die Verknüpfung von Sozialleistungen und geregelter, vor Ort geleisteter Arbeit. Besonders stark ausgeprägt ist diese Haltung in Deutschland und in den Niederlanden. Dort schwingt sicherlich die Furcht mit, dass Personen aus ärmeren EU-Ländern nicht wegen Arbeitsuche sondern wegen der Inanspruchnahme vergleichsweise hoher Sozialleistungen ins Land kommen würden – eine Befürchtung, die im Vergleich zum Herbst 2015 offenbar nicht an Brisanz verloren hat. (Siehe Abb. 21)

Nicht zuletzt, um den Anreiz für eine Migration innerhalb der EU aufgrund unterschiedlicher Bemessung und Höhe von Sozialleistungen zu mildern, kommt immer wieder die Forderung nach gemeinsamen, EU-weit gültigen sozialen Mindeststandards<sup>3</sup> auf. Die Meinung darüber fällt in den

Abbildung 20  
**Akzeptanz von Regeln**  
Arbeitnehmerfreizügigkeit – im Vergleich zum Jahr 2015



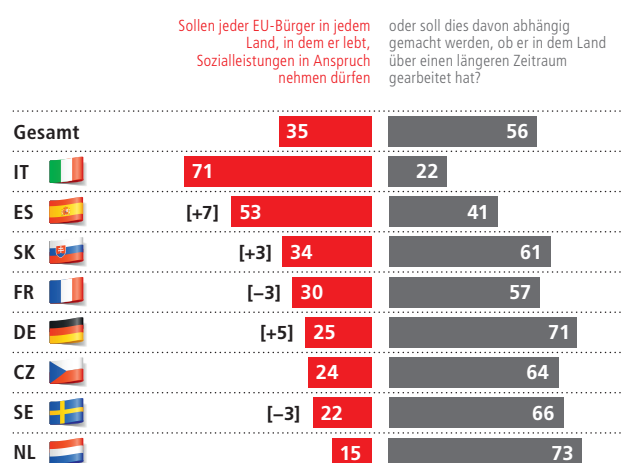
**Frage:** Es gibt einige Fragen, die derzeit innerhalb Europas diskutiert werden. Dazu würden wir gerne Ihre Meinung wissen.

Angaben in Prozent | Fehlende Werte zu 100 Prozent entsprechen der Kategorie »weiß nicht/keine Angabe«

Angaben in Klammern: Vergleich zur FES Acht-Länder-Studie Herbst 2015 (Differenz ausgewiesen ab Wert von ±3 Prozentpunkten)

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in den einzelnen Ländern

Abbildung 21  
**Akzeptanz von Regeln**  
Recht auf Sozialleistungen – im Vergleich zum Jahr 2015



**Frage:** Es gibt einige Fragen, die derzeit innerhalb Europas diskutiert werden. Dazu würden wir gerne Ihre Meinung wissen.

Angaben in Prozent | Fehlende Werte zu 100 Prozent entsprechen der Kategorie »weiß nicht/keine Angabe«

Angaben in Klammern: Vergleich zur FES Acht-Länder-Studie Herbst 2015 (Differenz ausgewiesen ab Wert von ±3 Prozentpunkten)

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in den einzelnen Ländern

<sup>3</sup> Diese Forderung erhob zuletzt die Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles in einem Beitrag für die FAZ.

acht erfassten Ländern sehr unterschiedlich aus. Große Zustimmung würde die Einführung solcher Mindeststandards in Italien (74 Prozent), Spanien (71 Prozent) und in der Slowakei (60 Prozent) auslösen. Auf wenig Begeisterung stößt dieses Vorhaben in Tschechien (41 Prozent), in den Niederlanden (38 Prozent) und in Schweden (33 Prozent). In diesen drei Ländern spricht sich eine knappe Mehrheit generell dafür aus, die Sozialpolitik weiterhin in der Verantwortung der Mitgliedsländer zu belassen. Gespalten ist das Meinungsbild in dieser Frage in Frankreich und Deutschland. Die Hälfte der Befragten befürwortet jeweils europaweit geltende Mindeststandards, darunter vor allem Anhänger linker Parteien. Die andere Hälfte lehnt dies aber ab, darunter vor allem Anhänger rechtspopulistischer Parteien.

Zu den ungeschriebenen und heftig umstrittenen Regeln der EU zählt ein nicht nur für die Mitglieder der jeweiligen Länder, sondern auch zwischen den Mitgliedsländern geltendes Solidaritätsgebot, das auch einen Finanztransfer zwischen wohlhabenden und ärmeren Ländern impliziert. Auch hierzu gehen die Ansichten in den verschiedenen Ländern auseinander, und auch diesmal verläuft die Konfliktlinie nicht zwischen ärmeren und reicheren beziehungsweise wirtschaftlich starken und wirtschaftlich schwachen Ländern. Für eine finanzielle Unterstützung ärmerer Länder durch wohlhabendere Länder sprechen sich Mehrheiten in Ländern mit wirtschaftlichen Problemen wie Spanien (60 Prozent), der Slowakei (59 Prozent) und Italien (53 Prozent) aus. Dafür spricht sich aber auch eine deutliche Mehrheit in Deutschland aus, wohlwissend, dass Deutschland den bei weitem größten Anteil dieser Zuwendungen zu tragen hätte. Ein Drittel der deutschen Bürgerinnen und Bürger hält es dagegen für angebracht, dass jedes Land für sein finanzielles Auskommen selbst verantwortlich bleibt. In Tschechien und in den Niederlanden teilen jeweils klare Mehrheiten (61 beziehungsweise 65 Prozent) diese harte Haltung. In Schweden und in Frankreich ist die Meinung hierzu gespalten.

## 7 VERTRAUEN IN MITGLIEDSTAATEN

Die Stärke der EU hängt nicht zuletzt vom Verhältnis ihrer Mitgliedsländer untereinander ab, vor allem davon, ob und inwieweit sie sich gegenseitig vertrauen. Dies gilt nicht nur für Regierungen sondern auch für die Bevölkerungen. In der EU kommt dabei dem Vertrauen in die beiden Führungsnationen Frankreich und Deutschland, ihrem Verhältnis zueinander sowie die Einschätzung der Rolle des jeweils eigenen Landes in der EU eine besondere Rolle zu. Im Herbst 2015 wurde deshalb auch nach dem Vertrauen der Partnerländer in diese beiden Nationen, aber auch in das eigene Land gefragt – so auch diesmal in 2017. Aus Vergleichsgründen wird auch – wie schon 2015 – das Vertrauen in zwei weiteren wichtigen EU-Ländern ermittelt: in Italien und in Polen, deren Rolle mit dem bevorstehenden Ausstieg der Briten noch an Bedeutung gewinnen dürfte.

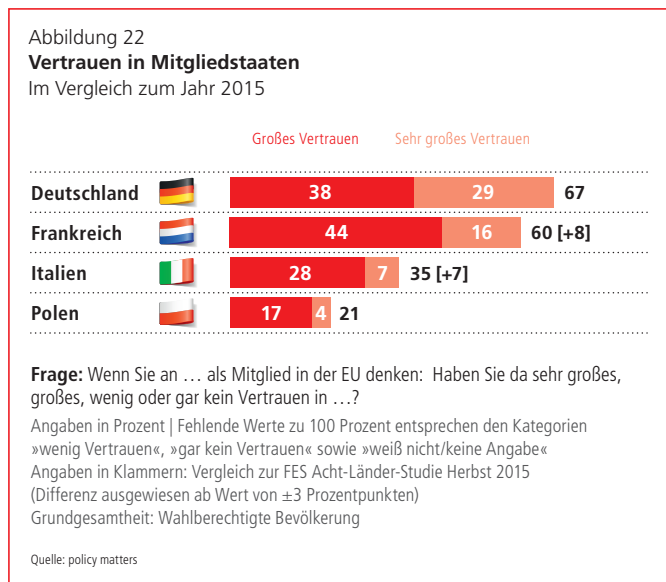
Der Befund im Herbst 2015 war aus Sicht der Deutschen insgesamt recht zufriedenstellend: Das Vertrauen in Deutschland war im Herbst 2015 über die sieben Länder gesehen ziemlich groß (65 Prozent), das Vertrauen der Deutschen in den engen Bündnispartner Frankreich ebenfalls (59 Prozent) und auch das Vertrauen in die Rolle, die das eigene Land in der EU spielt, war stark ausgeprägt. Frankreich schnitt nicht ganz so gut ab. Die Franzosen vertrauten zwar im selben Umfang dem aufstrebenden Nachbarland Deutschland wie die Deutschen umgekehrt Frankreich (60 Prozent), aber das Vertrauen der sieben Partnerländer in Frankreich fiel mit 52 Prozent eher bescheiden aus. Das Verhältnis der Franzosen zum eigenen Land war zudem von Selbstzweifeln geprägt: Nur etwas über die Hälfte hatte sehr großes (14 Prozent) oder zumindest großes Vertrauen (39 Prozent) ins eigene Land.

Beides hat sich nach der Wahl Emmanuel Macrons zum französischen Präsidenten deutlich verbessert. (Siehe Abb. 22) Heute geben sechs von zehn Bürgerinnen und Bürgern aus den sieben Partnerländern an, Frankreich zu vertrauen, ein Plus von acht Prozentpunkten. Einzig in Tschechien ist ein Vertrauensverlust (–5 Prozentpunkte) zu verzeichnen. Das höchste Vertrauen wird Frankreich von den Deutschen entgegengebracht: 74 Prozent (+15 Prozentpunkte). Dieser Vertrauensgewinn wird nur noch von dem der Schweden übertroffen (+16), allerdings auf deutlich niedrigerem Niveau (59 Prozent). Aus französischer Sicht dürfte allerdings die Tatsache noch wichtiger sein, dass die eigenen Bürgerinnen und Bürger wieder mehr Zutrauen in das eigene Land haben (64 Prozent /+11).

Das gestiegene Ansehen Frankreichs geht nicht zu Lasten Deutschlands, in das nach wie vor zwei von drei Bürgerinnen und Bürger in den sieben Partnerstaaten Vertrauen haben. Das Verhältnis der Franzosen zum Nachbarland hat sich sogar noch etwas verbessert (65 Prozent/+5). Verbessert hat sich vor allem die Selbstwahrnehmung der Deutschen, denn die mittlerweile gewichtigere Position Deutschlands in der EU wird heute von 88 Prozent der eigenen Bürgerinnen und Bürger positiv bewertet. Offenbar wird das Land seiner gewachsenen Bedeutung in der EU aus Sicht seiner eigenen Bevölkerung weitestgehend gerecht. So viel Selbstbewusstsein kann auch Misstrauen wecken. Das scheint etwa bei der tschechischen Bevölkerung der Fall zu sein, deren Vertrauen in den mächtigen Nachbarn erkennbar Schaden erlitten hat



(-7). Mit seiner Flüchtlingspolitik dürfte Deutschland sich bei der Migranten gegenüber eher reserviert eingestellten tschechischen Bevölkerung wenig Freunde gemacht haben. Insgesamt ist aber im Verhältnis der Partnerländer zu Deutschland kein merklicher Vertrauensverlust spürbar.



Mit dem angekündigten Austritt Großbritanniens wird das demnächst nach Einwohnerzahl und Wirtschaftskraft drittgrößte EU-Land Italien automatisch an Einfluss und Bedeutung gewinnen. Vor diesem Hintergrund dürfte es eine wichtige Botschaft sein, dass dem Land heute spürbar mehr Vertrauen entgegengebracht wird als noch 2015 (+7). Besonders markant fiel die Imageverbesserung Roms in Deutschland (+14) und in Spanien (+10) aus. Die Vertrauensbezeugung bewegt sich allerdings bei länderübergreifenden 35 Prozent auf deutlich niedrigerem Niveau als im Falle von Deutschland und Frankreich. Ähnlich von Misstrauen geprägt wie das Fremdbild ist das Selbstbild: Gerade einmal vier von zehn Italienern äußern sich positiv über die Rolle, das das eigene Land in der EU spielt – die deutlich schlechteste Selbstwahrnehmung von allen acht erfassten EU-Ländern.

Hinsichtlich der Außenwahrnehmung schneidet allerdings Polen noch schlechter ab. Wie schon 2015 sieht nur jeder Fünfte in den befragten Ländern die Rolle Polens, des mit Abstand größten osteuropäischen Partnerlandes, in der EU positiv. Selbst bei seinen osteuropäischen Nachbarn genießt Polen keinen guten Ruf: Nur jeweils jeder Vierte aus der Slowakei und der Tschechischen Republik vertraut dem Nachbarland. Bei vier von sechs westlichen Ländern hat das Land seit der letzten Parlamentswahl, in der die rechtskonservative Partei Prawo i Sprawiedliwość (PiS) (deutsch: Recht und Gerechtigkeit) die absolute Mehrheit errang, weiter an Vertrauen verloren.

## 8 VERTRAUEN IN DIE PARTEIEN, DIE INTERESSEN DES EIGENEN LANDES ZU VERRETEN

Das Vertrauen in die EU hängt nicht zuletzt auch davon ab, wie gut oder schlecht man die Interessen des eigenen Landes in der Gemeinschaft vertreten sieht. Dabei spielen die Parteien und ihr Spitzenpersonal eine zentrale Rolle. Wie bereits 2015 wurde deshalb auch in der aktuellen Studie gefragt, welche Partei aus Sicht der Befragten die Interessen des eigenen Landes am besten vertritt.

Über alle acht Länder betrachtet, fällt die breite Streuung des Zutrauens in die verschiedenen Parteien auf. Von der früheren Dominanz der beiden großen Blöcke, der Konservativen und der Sozialdemokraten, kann keine Rede mehr sein. In die in der konservativ/christdemokratisch geprägten Fraktion der Europäische Volkspartei (EVP) zusammengefassten Parteien setzen länderübergreifend 17 Prozent ihr Vertrauen, wenn es um die Vertretung ihrer nationalen Interessen in der EU geht, in die in der Fraktion der Socialists & Democrats (S&D) vereinten sozialdemokratischen Parteien 16 Prozent – zusammengekommen also nur ein Drittel der Bürgerinnen und Bürger. Acht Prozent setzen eher auf liberale Parteien, fünf Prozent auf Parteien aus dem linken Spektrum, drei Prozent auf die Parteien aus der von britischen Konservativen geprägten Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer (EKR) und zwei Prozent auf Parteien des grünen Spektrums. Mit sechs Prozent bemerkenswert hoch ist die Kompetenzzuschreibung für die sonstigen, keiner der großen Parteifamilien zuzuordnenden Parteien. Der Großteil der Nennung entfällt dabei auf Macrons neu gegründete Partei La République en Marche (LREM). Sie ist im Europäischen Parlament noch nicht vertreten und hat deshalb bisher auch noch keinerlei Veranlassung, sich einer Fraktion anzuschließen.

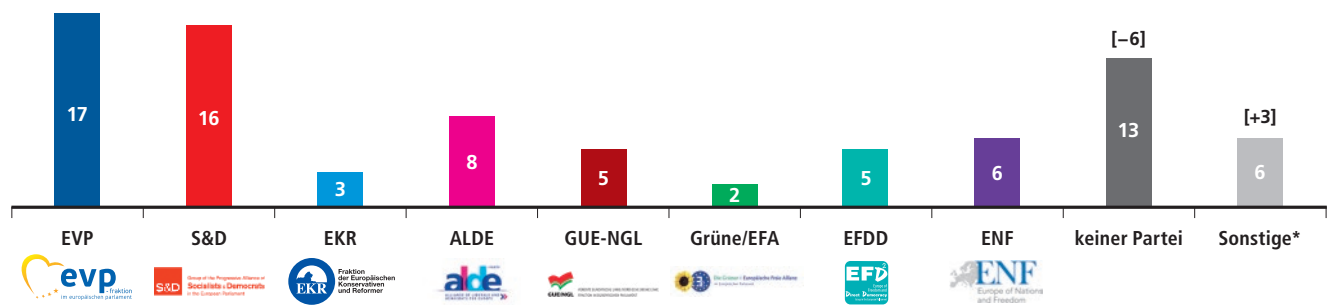
Auffallend ist aber auch der hohe Anteil der in der Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie (EFDD) beziehungsweise in der Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit (ENF) zusammengeschlossenen populistischen oder rechtspopulistischen Parteien, in die zusammengekommen immerhin elf Prozent der Befragten in Sachen Europa ihr Vertrauen setzen. Gegenüber 2015 bedeutet dies einen Zuwachs von immerhin zwei Prozentpunkten – nicht unbedingt eine Rückendeckung für die Bestrebungen der EU-Staaten, einen engeren Schulterschluss zu üben. Dem steht als positiver Befund entgegen, dass der Anteil derer, die keiner Partei in Sachen Europa vertrauen, gegenüber 2015 von 19 auf 13 Prozent gesunken ist. (Siehe Abb. 23)

Das Vertrauen in die Parteien, nationale Interessen in ausreichendem Maße geltend machen zu können, differiert deutlich von Land zu Land. Dabei fällt eine Gemeinsamkeit auf: In fast allen Ländern setzen die meisten Bürgerinnen und Bürger auf die Partei, die in dem jeweiligen Land den Regierungschef stellt. In Deutschland ist dies die Christlich Demokratische Union (CDU) (45 Prozent), in Frankreich Macrons La République en Marche (LREM), in Italien die Partito Democratico (PD) (20 Prozent), in Spanien die Partido Popular (PP) (24 Prozent), in Schweden die Socialdemokraterna (25 Prozent), in den Niederlanden die Volkspartij voor Vrijheid en Democratie (VVD) (16 Prozent), in der Slowakei die Sociálna Demokracia (SMER) (25 Prozent). Einzig in Tschechien liegt nicht die Partei

Abbildung 23

**Vertrauen in Europapolitik**

Kompetenz: Interessen des eigenen Landes in der EU vertreten – im Vergleich zum Jahr 2015



**Frage:** Welcher Partei trauen Sie am ehesten zu, einen entscheidenden Beitrag zur Lösung der Aufgabe ... zu leisten?

Angaben in Prozent | Fehlende Werte zu 100 Prozent entsprechen den Kategorien »nur alle gemeinsam« sowie »weiß nicht/keine Angabe«

Angaben in Klammern: Vergleich zur FES Acht-Länder-Studie Herbst 2015 (Differenz ausgewiesen ab Wert von  $\pm 3$  Prozentpunkten)

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung

\* Inkl. der französischen Partei »La République en Marche!«, die bisher keiner europäischen Fraktion angehört (Stand 24.7.2017)

Quelle: policy matters

des sozialdemokratischen Regierungschefs vorne, sondern die liberale ANO 2011 (akce nespokojených občanů) (deutsch: Aktion unzufriedener Bürger) (23 Prozent), die allerdings mit in der Regierung sitzt.

## 9 RECHTSPOPULISTISCHE TENDENZEN IN EUROPA

Eine, wenn nicht *die* zentrale Bedrohung für den politischen Fortbestand der Europäischen Union liegt nach wie vor im starken Zuspruch zu rechtspopulistischen Parteien in zahlreichen Mitgliedstaaten. Deren gemeinsame notorische Forderung, die europäische Integration zu stoppen beziehungsweise sogar größtenteils rückabzuwickeln, hängt von Wahl zu Wahl wie ein Damoklesschwert über den Köpfen der pro-europäischen Kräfte. Zudem lässt sich in Ländern wie Polen und Ungarn, in denen derzeit Nationalkonservative mit autoritär-populistischen Losungen regieren, beobachten, wie zügig sich die jeweilige Verfassungsordnung von den rechtsstaatlichen Grundsätzen der europäischen Wertegemeinschaft entfremden und an neue, offen illiberale Maßstäbe anpassen lässt.

In der ersten Jahreshälfte 2017 verfolgte die europäische Öffentlichkeit entsprechend gespannt den Ausgang der niederländischen Parlaments- sowie der französischen Präsidentschaftswahlen: Vor allem Letztere hätte im Fall eines Erfolges von Marine Le Pen das Potenzial gehabt, den Einigungsprozess entscheidend zu beschädigen und den Siegeszug rechtsautoritärer Kräfte auch in Westeuropa auf ein neues Niveau zu heben.

Wenngleich der französische Front National (FN) wie auch die niederländische Partij voor de vrijheid (PVV) von Geert Wilders ihre Wahlziele letzten Endes verfehlten, bleibt das Hoch rechtspopulistischer Kräfte in Europa ungebrochen. Dies zeigen die vorliegenden Ergebnisse in Bezug auf die Wahlabsicht zugunsten rechtsnationaler Parteien. (Siehe Abb. 24)

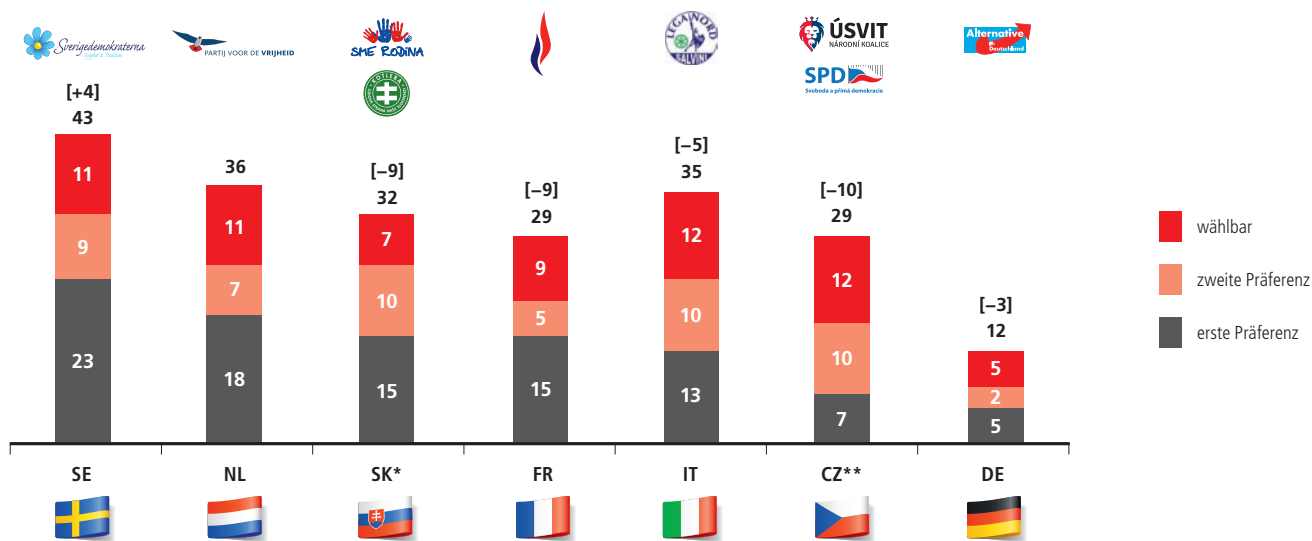
Mit Ausnahme Spaniens, wo weiterhin keine entsprechende Partei Fuß fassen kann, sind rechtspopulistische beziehungsweise teils rechtsradikale Parteien in sieben von acht untersuchten Ländern maßgebliche Akteure im Parteiensystem. In zwei der acht untersuchten Länder liegen sie in Bezug auf die Wahlabsicht sogar vor ihren Konkurrenten beziehungsweise mit ihnen gleichauf. So hat in den Niederlanden die Partei von Geert Wilders nur wenige Monate nach ihrem unerwartet schwachen Abschneiden bei den Parlamentswahlen (13 Prozent) wieder die Führung in der Wählergunst übernommen: mit 19 Prozent liegt sie sechs Prozentpunkte vor der rechtsliberalen Volkspartij voor Vrijheid en Democratie (VVD) und der Socialistische Partij (SP) mit jeweils 13 Prozent. In Schweden liegen – im Vergleich zu 2015 unverändert – die Sverigedemokraterna (23 Prozent) nur einen Prozentpunkt hinter den regierenden Sozialdemokraten (24 Prozent).

In Frankreich rangiert der Front National (FN) nach seiner nachrangigen Rolle bei den Parlamentswahlen (13,2 Prozent, acht Sitze) mit einem Wählerzuspruch von 15 Prozent zwar deutlich hinter der Präsidentenpartei La République En Marche (LREM) (28 Prozent), jedoch noch vor den konservativ-gaullistischen Les Républicains (LR) (zehn Prozent).

Im Kontext einer weiterhin angespannten Flüchtlingssituation behauptet sich auch die italienische Lega Nord – trotz ihres Regionalfokus auf Norditalien – auf nationaler Ebene mit 13 Prozent, d. h. sechs Punkten hinter dem Partito Democratico (PD) von Ministerpräsident Gentiloni. Dieser Wert fiel vermutlich noch höher aus, läge nicht das ebenfalls populistische Movimento 5 Stelle (M5S) (deutsch: Fünf-Sterne-Bewegung) mit 28 Prozent derzeit weit in Führung.

Seit 2015 mehr als verdoppelt hat sich der Anteil der slowakischen Rechtspopulisten an der Wählergunst (von sieben auf 15 Prozent). Dieser Zuwachs ging allerdings mit einem Umbau im Parteiensystem einher und verteilt sich zudem auf zwei Parteien: statt Ľudová strana – Hnutie za demokratické Slovensko (HZDS) (deutsch: Bewegung für eine demokratische Slowakei) und Slovenská národná strana (SNS) (deutsch:

Abbildung 24  
**Europakritische Parteien**  
 Wählbarkeit rechtspopulistischer Parteien – im Vergleich zum Jahr 2015



**Frage:** Parteipräferenz: Welche Partei könnten Sie sich vorstellen am ehesten zu wählen?  
 Wählbarkeit: Kommt es für Sie grundsätzlich in Frage, die Partei ... zu wählen?  
 Angaben in Prozent | Fehlende Werte zu 100 Prozent entsprechen den Kategorien »weiß nicht/keine Angabe« und »Nein, käme nicht in Frage«  
 Angaben in Klammern: Vergleich zur FES Acht-Länder-Studie Herbst 2015 (Differenz ausgewiesen ab Wert von ±3 Prozentpunkten)  
 Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in den einzelnen Ländern

\* 2015: »Hnutie za demokratické Slovensko« und »Slovenská národná strana« | 2017: »Kotleba – Ľudová strana Naše Slovensko« und »Sme Rodina«  
 \*\* 2015: »Úsvit přímé demokracie« | 2017: »Úsvit – Národní Koalice« und »Svoboda a přímá demokracie«

Quelle: policy matters

Slowakische Nationalpartei) stehen heute Kotleba – Ľudová strana Naše Slovensko (LS Naše Slovensko) (deutsch: Volkspartei Unsere Slowakei) und Sme Rodina (SR) (deutsch: Wir sind Familie) für den Rechtspopulismus/Rechtsnationalismus slowakischer Spielart.

Unverändert zeigt sich dagegen Zuspruch für rechtsnationale Parteien in Tschechien (sieben Prozent), der sich überdies nunmehr auf zwei Parteien verteilt: Úsvit – Národní Koalice (deutsch: Morgendämmerung – Nationale Koalition) und Svoboda a přímá demokracie (SPD) (deutsch: Freiheit und direkte Demokratie).

Dagegen hat sich, nach dem bisherigen Höhepunkt der Flüchtlingskrise in Deutschland zum Jahreswechsel 2015/2016, die Unterstützung für die Alternative für Deutschland (AfD) wieder auf dem Niveau des Herbst 2015 eingependelt: Fünf Prozent der Befragten würden dieser Partei bei der Bundestagswahl ihre Stimme geben – ein im europäischen Vergleich eher geringer Wert.

Trotz der größtenteils ungebrochenen Hausse rechtspopulistischer Parteien in der unmittelbaren Wahlabsicht der Bürgerinnen und Bürger wird allerdings beim Blick auf das weitere Wählerpotenzial<sup>4</sup> dieser Parteien eine gewisse Ab-

wärtstendenz – auf hohem Niveau – deutlich. Zwar können diese Parteien in sechs von acht Ländern auf ein Gesamtpotenzial um 30 bis über 40 Prozent hoffen. Mit Ausnahme des Spitzenreiters Schweden (43 Prozent, +4 Prozentpunkte) und der Niederlande (36 Prozent, unverändert) ist beim Gesamtwählerpotenzial der jeweiligen Parteien in den fünf anderen Ländern jedoch ein mehr oder weniger signifikanter Rückgang zu verzeichnen. Am deutlichsten wird dies in Frankreich (29 Prozent, –9 Punkte) und in den beiden Visegrád-Staaten Tschechien (29 Prozent, –10 Punkte) und Slowakei (32 Prozent, –9 Punkte). Auch in Italien und Deutschland ist das rechtspopulistische Potenzial seit 2015 um jeweils fünf Prozentpunkte geschrumpft.

Dies lässt sich als Anzeichen deuten, dass nach der Konfrontation mit den Auswirkungen von tatsächlichen (Brexit, Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten) und Beinahe-Siegen von Rechtspopulisten (Marine Le Pen bei den französischen Präsidentschaftswahlen) deren gesamtgesellschaftliche Anziehungskraft in den europäischen Staaten abnimmt.

Dennoch erscheint es höchst plausibel, dass der Zuspruch zu rechtsnationalen Parteien jederzeit wieder steigen könnte, sollte es angesichts der einschlägigen »Auslöserthemen« zu einer Lageverschärfung kommen: Ein erneuter Anstieg der Flüchtlingszahlen oder weitere inhereuropäische Konflikte dürften das erneute Anwachsen des rechtspopulistischen Potenzials stark begünstigen. Selbst im bislang von rechtspopulistischen Parteien verschonten Spanien schwindet die Sicherheit. Immerhin jeder dritte spanische Wahlberechtigte

<sup>4</sup> Das Potenzial setzt sich aus zwei Gruppen zusammen: Wahlberechtigte, die zwar eine andere Partei als erste Präferenz benannten, rechtspopulistische Parteien aber als Zweitpräferenz anführten, falls erstere nicht antreten würde sowie Wähler anderer Parteien, Unentschiedene und Nichtwähler, für die die Wahl einer (benannten) rechten Partei grundsätzlich in Frage käme.

könnte sich zumindest prinzipiell vorstellen, einer solchen Partei seine Stimme zu geben, träte sie denn an.

Insgesamt fällt – analog zur Wählertopographie des Brexit – auf, dass Rechtspopulismus ganz überwiegend ein Phänomen des ländlichen Raumes ist. Mit Ausnahme von Deutschland und Schweden, wo die Erstpräferenzen für AfD und Schwedendemokraten über ländliche und städtische Gebiete vergleichsweise konstant ausfallen, ergibt sich in den untersuchten Ländern ein starkes Gefälle zwischen ruralen und urbanen Räumen. Der größte Unterschied besteht dabei in der Slowakei, wo die Rechtspopulisten auf dem Land 20 Prozent, in der Stadt dagegen neun Prozent der Erstpräferenzen auf sich vereinen. In Frankreich und den Niederlanden beträgt das Gefälle sechs Prozentpunkte, in Italien und Tschechien immerhin noch drei Prozentpunkte.

## FAZIT

Die EU hat das wohl schwierigste Jahrzehnt seit ihrer Gründung hinter sich. Es war gekennzeichnet von äußeren Krisen wie der Finanz- und Wirtschaftskrise, dem Ukraine Konflikt und den Konflikten im Nahen Osten, die ihrerseits Auslöser der Flüchtlingskrise waren. Hinzu kamen Probleme im Inneren der Gemeinschaft: die Eurokrise, der die Griechenlandkrise folgte. Noch sind die Folgen dieser Krisen nicht beseitigt, schon wird die EU mit neuen Herausforderungen konfrontiert. Teilweise werden diese von außen herangetragen wie etwa das zunehmend kritische Verhältnis zur Türkei und die unter dem neuen US-Präsidenten Trump schwieriger gewordenen Beziehungen zu den USA. Teilweise betreffen sie die Europäische Gemeinschaft direkt: Der erstmalige Austritt eines Mitgliedslandes und autoritäre Tendenzen in einigen osteuropäischen EU-Staaten stellen zum ersten Mal auch den Zusammenhalt der EU ernsthaft in Frage.

Diese Herausforderungen spiegeln sich auch in dem aktuellen Meinungsbild der Bevölkerung von acht europäischen Staaten wider. Als wichtigste Aufgabe der Europäischen Union wird nach wie vor die Bewältigung der Flüchtlingskrise angesehen, darüber hinaus gelten die Terrorbekämpfung und der Erhalt des Friedens als vordringliche Ziele. Große Teile der Bevölkerung befürchten Nachteile, die sich aus dem Brexit für die Europäische Union ergeben. Auch die in den Bevölkerungen nach wie vor erkennbaren EU-feindlichen Tendenzen, die sich in zum Teil sehr breiter Unterstützung rechtspopulistischer Parteien ausdrücken, geben weiterhin Anlass zur Sorge.

Insgesamt gesehen bieten die Befunde aber eher Anlass zur Hoffnung. Als Konsequenz aus dem erstmaligen Austritt eines Mitgliedslandes sprechen sich Mehrheiten in sieben der acht Länder für eine stärkere Zusammenarbeit der verbleibenden Mitgliedsländer aus. Und in allen Ländern sind heute deutlich mehr Bürgerinnen und Bürger davon überzeugt, dass die EU-Mitgliedschaft von Vorteil für ihr Land sei. Die Mitgliedschaft in der EU-Gemeinschaft wird heute wieder verstärkt eher als Chance denn als Risiko gesehen, und eine Mehrheit ist davon überzeugt, dass die EU wieder einem ihrer Kernanliegen, Wohlstand zu schaffen, gerecht wird. Noch 2015 verband eine Mehrheit mit der EU eher sinkenden Wohlstand. Offensichtlich ist nicht zuletzt aufgrund der neuen Herausforderungen vielen Bürgerinnen und Bürgern

bewusster geworden, welchen Wert die Zusammenarbeit der europäischen Staaten für ihr Land aber auch für sie persönlich hat.

Aus deutscher Sicht besonders erfreulich ist die Tatsache, dass vor allem die Deutschen eine neue Sensibilität für den Nutzen, den das eigene Land aus seiner Mitgliedschaft in der EU zieht, entwickelt haben. Größer als anderswo ist in der deutschen Bevölkerung die Überzeugung, dass es Zeit sei für mehr und nicht für weniger gemeinsames Handeln. Und gewachsen ist vor allem die Einsicht, dass Deutschland in vielerlei Hinsicht mehr als andere von der Europäischen Gemeinschaft profitiert.

Länderübergreifend gestiegen ist auch die Bereitschaft, mehr Kompetenz von der nationalen auf die europäische Ebene zu verlagern, um so die Gemeinschaft zu stärken. Dies gilt insbesondere für die Außen- und Sicherheitspolitik, aber auch für die Regelung der Besteuerung international tätiger Unternehmen sowie für die Gestaltung der Handelsbeziehungen der EU-Länder mit Drittstaaten. Deutliche Differenzen bleiben bei der Zuständigkeit für die Flüchtlingspolitik: Dem Drängen der Bürgerinnen und Bürger auf eine EU-weit geregelte Verteilung in jenen Staaten, die derzeit die Hauptlast der Zuwanderung zu bewältigen haben, steht das ausgeprägte Beharren in den zwei osteuropäischen Staaten gegenüber, diese Kompetenz in der Zuständigkeit des eigenen Landes zu belassen, um keine oder allenfalls sehr wenige Flüchtlinge aufzunehmen zu müssen.

Bei aller Bereitschaft, Kompetenzen an die EU abzugeben, zeigen sich doch klare Grenzen. Das gilt insbesondere für die Budgethoheit, aber auch für die Renten- und die Arbeitslosenversicherung, die große Mehrheiten weiterhin in der Zuständigkeit der eigenen Regierung belassen wollen. Mehrheiten in allen acht Ländern fordern darüber hinaus die Einführung eines Widerspruchsrechts für ihre nationalen Parlamente gegen Beschlüsse der EU. Als weitere »Notbremse« gegen missliebige Entscheidungen Brüssels wird auch mehr Mitsprache der Bürgerinnen und Bürger eingefordert: In allen acht Ländern sprechen sich klare Mehrheiten für Volksentscheide bei wichtigen Entscheidungen aus.

## LITERATURVERZEICHNIS

**Hilmer, Richard** (2015): »EU vor Bewährungsprobe – Was erwarten, worum sorgen sich die EU-Bürger«, FES-Studie, Berlin 2015

**Dr. Hillebrand, Ernst/Hilmer, Richard** (2016): »Fremde Freunde – Eine Meinungsumfrage zum deutsch-italienischen Verhältnis«, FES-Studie, Rom 2016

**Nahles, Andrea** (2016): »Für ein Europa sozialer Mindeststandards«, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12.10.2016.





Impressum:

© 2017

**Friedrich-Ebert-Stiftung**

Herausgeber: Abteilung Internationaler Dialog

Internationale Politikanalyse

Hiroshimastraße 28, 10785 Berlin

[www.fes.de/ipa](http://www.fes.de/ipa)

Bestellungen/Kontakt: [info.ipa@fes.de](mailto:info.ipa@fes.de)

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung. Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

**ISBN: 978-3-95861-894-7**

Titelmotiv: © dpa Picture-Alliance,  
just in print

Gestaltung: [www.stetzer.net](http://www.stetzer.net)

Druck: [www.druckerei-brandt.de](http://www.druckerei-brandt.de)

August 2017

